



Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt:

Die Beschäftigung boomt – die Benachteiligung bleibt, oder?

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind im Frühjahr 2019 weiter gestiegen. Bundesweit ist die Arbeitslosenquote auf 4,9 Prozent gesunken. Die Beschäftigung boomt. Aber nicht überall in gleichem Maße. Zwar befindet sich der Arbeitsmarkt in Dortmund ebenfalls im Aufwärtstrend. Die Arbeitslosigkeit hat sich weiter verringert und war letztmalig vor 37 Jahren so niedrig, aber sie liegt immerhin noch bei 9,9 Prozent, das sind 31.035 arbeitslose Menschen in der Stadt.

Schattenseite: Prekäre Beschäftigung

Der rasante Beschäftigungsaufbau in Deutschland hat eine große Schattenseite, nämlich den hohen Anteil von prekären Arbeitsverhältnissen. Prekäre Beschäftigung liegt vor, wenn Arbeitnehmer*innen nur schlecht oder gar nicht von ihrem Einkommen leben können, die Arbeit nicht auf Dauer angelegt ist oder sie unfreiwillig teilzeitbeschäftigt sind. Der DGB resümiert: „Inzwischen arbeiten mehr als 40 Prozent der Beschäftigten in atypischer Beschäftigung, gleichbedeutend mit mehr als 22 Millionen Anstellungsverhältnissen.

Jeder Vierte arbeitet im Niedriglohnsektor und muss mit einem monatlichen Einkommen in Höhe von weniger als zwei Drittel des mittleren Einkommens auskommen.“ (klartext 2018).

Lohn reicht nicht für den Lebensunterhalt

Eine Konsequenz ist, dass ein erheblicher Teil derjenigen, die erwerbstätig sind, dennoch Leistungen aus SGB II nötig haben, die sogenannten „Aufstocker*innen“. Auch in Dortmund gibt es viele Menschen, die von ihrem Lohn nicht leben können und deshalb „aufstocken“ müssen, wobei dies nicht alle, die es dringend nötig hätten, auch in Anspruch nehmen. Die Langzeitarbeitslosigkeit verringert sich, allerdings langsam und moderat: nach wie vor ist es schwierig, aus der Langzeitarbeitslosigkeit wieder in Beschäftigung, vor allem stabile Beschäftigung zu gelangen, insbesondere, wenn man älter ist.

Menschen mit Einwanderungsgeschichte: überproportional stark im Nachteil...

Wie ergeht es nun den Menschen mit

Migrationshintergrund auf diesem, mit Licht und Schatten sich entwickelnden Arbeitsmarkt? Es sieht so aus, als seien sie bei denjenigen, die nicht oder nur eingeschränkt vom Beschäftigungsboom profitieren, jeweils überproportional vertreten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle Menschen mit Einwanderungsgeschichte allgemein oder in den verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarkts benachteiligt sind. Tatsächlich gibt es mittlerweile viele erfolgreiche Berufs- und Arbeitsmarktwege von Migrant*innen.

Die Bundesagentur für Arbeit schätzt, dass aktuell knapp die Hälfte der arbeitslosen Menschen einen Migrationshintergrund hat. Ihr Anteil an den weniger werdenden Arbeitslosen hat sich kontinuierlich erhöht. Geschätzt ist dies, weil die Angaben zum Migrationshintergrund freiwillig sind und nur etwas mehr als 70 Prozent hierzu Auskunft geben. Mit dem Boom auf dem Arbeitsmarkt wird das Gesicht der Arbeitslosigkeit also immer migrantischer. Differenzierte Analysen der Lage von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt sind leider schon etwas älteren Datums. Aber

eine Durchsicht der aktuell vorliegenden Teilmeldungen sprechen dafür, dass die Schlussfolgerung, die der WSI aus einer gründlichen Studie 2016 zog, nach wie vor gilt: „Zusammenfassend ist festzuhalten, dass männliche und weibliche Migranten aus Drittstaaten und aus der Türkei am weitesten von einer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt entfernt sind. Die erheblich höhere Arbeitslosigkeit und die überproportionalen Anteile prekär Beschäftigter, vor allem unter den qualifizierten Migranten mit Berufsabschluss, belegen den weiterhin hohen integrationspolitischen Handlungsbedarf.“

... auch in Dortmund

Soweit in der Zusammenschau der verschiedenen Informationsquellen erkennbar ist, ist es auch in Dortmund so, dass von einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte am Dortmunder Arbeitsmarkt immer noch keine Rede sein kann.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

jobcenter
Dortmund

Armut ist ein großes
Arbeitsmarktrisiko

Seite 4



Gespräch mit Polizeipräsident
Gregor Lange

Seite 5



Großes Fest der
Dortmunder Jesiden

Seite 8



StädteTag zum Besuch im
Haus der Vielfalt

Seite 9



Wieder gehört: Clandestino
von Manu Chao

Seite 11

Gegenwind für das Rechtsextreme

Aktion der Migrant*innenorganisationen in der Dortmunder Innenstadt

Am Vorabend der Nazi-Demo in Dortmund-Hörde am 25.05.2019 organisierten die Migrant*innenorganisationen des VMDO (Verbund der sozial-kulturellen Migrant*innenvereine Dortmunds) in Kooperation mit dem Bundesverband NEMO und dem Bundesprojekt „Demokratie Leben!“ eine Kundgebung vor der Petri-Kirche in der Dortmunder City mit anschließender Lichtkunstprojektion. Ziel war es, schon im Vorfeld der Nazi-Demo ein klares Zeichen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung zu setzen und klarzustellen, dass Dortmund eine Stadt der bunten Vielfalt ist und auch in Zukunft sein will.

Die Vorsitzende des Dortmunder Integrationsrates, Aysun Tekin, betonte in Ihrem



Foto: PixelHELPER

Grußwort, dass in dieser Stadt kein Platz für Rassismus ist und die antidemokratischen Forderungen und hetzerischen Aussagen der Rechtsradikalen hier kein Gehör finden dürfen. Auch Tülin Dolutas (Bezent e.V.) stellte klar, dass die Menschen mit Migrationshintergrund in Dortmund ein wichtiger und unverzichtbarer Teil der Stadtgesellschaft sind und für ein friedliches Miteinander stehen. Die Stimme der migrantischen Jugend wurde durch Serhat Kilic vertreten, der ein klares Nein zum Rechtsradikalismus aussprach und zum gemeinsamen Kampf gegen rechtsextreme Strömungen aufrief. Im Anschluss an die Kundgebung wurden nach Einbruch der Dunkelheit von den PIXEL-Helfern aus Berlin großflächige

Projektionen mit klaren Statements für Demokratie, Freiheit und bunte Vielfalt an die Häuserwand bei den Katharinentreppen gegenüber dem Hauptbahnhof projiziert. Begleitet wurde diese Aktion, neben zahlreichen Schaulustigen und Mitgliedern des VMDO, auch von Ralf Stoltze, dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister von Innenstadt-West der Stadt Dortmund.

Der VMDO wird auch in Zukunft bemüht sein, gemeinsam mit seinen Partner*innen und seinen Mitgliedsvereinen, eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus und für ein weltoffenes Dortmund zu repräsentieren.

ECHO

Mehr Fotos unter vmdo.de

EDITORIAL

VMDO

Guten Tag, nach zehn Jahren soll das „ECHO der Vielfalt“ Schritt für Schritt ein neues Gesicht bekommen: näher bei seinen Leserinnen und Lesern, mit Themenschwerpunkten und mehr Service und immer aktuell aus unserem Leben in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Aber eben: Schritt für Schritt. Das kann man auch schon in dieser Ausgabe sehen: Es gibt einen Themenschwerpunkt, nämlich Migration und Arbeit, und dies auch mit Blick auf Dortmund. Die zeitliche Nähe zum 1. Mai bot sich für dieses Thema an; aber auch, weil sich der vmdo am 1. Mai in diesem Jahr aktiv mit einem Stand beteiligte. Interviews und Reportagen machen das ECHO lebendiger. Nach jeder Ausgabe möchten wir mit unseren Leserinnen und Lesern auch direkt ins Gespräch kommen. Deswegen wird es jedes Mal ein **ECHO-Leser*innen-Treffen** geben. Die Einladung hierzu findet sich auf Seite 10.

Auch die Europawahl hätte ein Themenschwerpunkt sein können, denn ihre Ergebnisse sind auch für Menschen mit Einwanderungsgeschichte und vor allem für Geflüchtete vielsagend. Die rechtspopulistischen und neofaschistischen Parteien in Europa sind sich an einem Punkt einig: nämlich in ihrem Rassismus und ihrer Fremdenfeindlichkeit. Sie haben insgesamt nicht so stark gewonnen wie befürchtet, aber immer noch mehr als genug, so z.B. in Frankreich und Italien, aber auch in den ostdeutschen Bundesländern, sogar in einem erschreckenden Ausmaß. Darüber hinaus aber macht uns Sorgen, dass viele der anderen Parteien zwar nicht gegen Migrant*innen und Flüchtlinge hetzen, aber mit an der „Festung Europa“, also an der weiteren Abschottung, auch mit Hilfe eines verschlechterten Asylrechts, bauen. Wir halten dagegen. Das „ECHO der Vielfalt“ ist in diesem Sinne auch ein Stück Gegenöffentlichkeit: respektvoll, offen, demokratisch, vielfältig, für Teilhabe und friedliches und solidarisches Zusammenleben. Die nächste Ausgabe erscheint gleich nach Ende der Sommerferien.

Bis dahin: eine gute Sommerzeit!
Der Vorstand des VMDO

LESERBRIEF AN DIE RN – IHRE BERICHTERSTATTUNG AM 26.05.2019

Sehr geehrter Herr Dr. Kiwit, sehr geehrtes Redaktionsteam, der Online-Auftritt der Ruhrnachrichten am 26. Mai 2019 hat uns so entsetzt, dass wir ihn nicht unkommentiert hinnehmen können: Ein Rechtsextremer, der sich in Aussehen und Auftreten als Hitler inszeniert, kann doch nicht ernsthaft ihr großes Aufmacher-Bild sein – an einem Tag, an dem rechte Extremisten mal wieder Dortmund dazu ausgewählt haben, ihre menschenfeindlichen Ansichten in die Öffentlichkeit zu tragen. Auch in den folgenden Tagen fanden sich weitere Berichte mit dem Aufmerksamkeit erregenden Bild.

Nicht einmal 200 Neonazis besuchten die rechtsextreme Veranstaltung, es gab deutlich mehr Menschen, die ein Zeichen dagegen setzten. Auch die in unserem Netzwerk des Verbunds sozial-kultureller Migrant*innenorganisationen Dortmund (VMDO) und im Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen (BV NeMO) engagierten Menschen mit Migrationsbiografie aus Dortmund gingen auf die Straße und strahlten mit einer Lichtkunstaktion und Botschaften wie „Stoppt Rassismus!“ Gebäude am Hauptbahnhof an. So skandalträchtig und bildgewaltig wie ein Hitler-Double kommen die

se und andere friedliche Protestformen natürlich nicht daher: Sie sind aber – ungeachtet des viel diskutierten Rechtsrucks in der Bevölkerung – zum Glück in Dortmund mehrheitsfähiger als die Glorifizierung eines Massenmörders.

Dass Rechtsextreme so offen die NS-Zeit auf Dortmunds Straßen feiern, ist abstoßend. Dass die Lokalzeitung darüber berichtet und auch berichten muss, ist un widersprochen. Dieses abstoßende Bild jedoch zentral in den Vordergrund der gesamten Berichterstattung über den Tag in Dortmund zu stellen, spielt den Zielen der Neuen Rechten in die Hände: Ihre Skandalbotschaft – Hitler lebt in uns weiter – kriegt dadurch die Prominenz und öffentliche Aufmerksamkeit, mit der ihre menschenverachtende Ideologie immer weiter in den sozialen Netzwerken verstreut werden kann. Daran sollten Sie sich als Zeitung für alle Dortmunderinnen und Dortmunder wirklich nicht beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen
Jeyakumar Kumarasamy, Verbund der sozial-kulturellen Migrant*innenvereine in Dortmund e.V. (VMDO)

Dr. Ümit Koşan, Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e.V. (BV NeMO)

Die Beschäftigung boomt – die Benachteiligung bleibt, oder?

Fortsetzung von Seite 1

So sind z.B. im April 2018 in Dortmund 41 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, also jener, die Anspruch auf Grundversicherung für Arbeitsuchende haben, Ausländer. Parallel zum Beschäftigungsaufbau in Dortmund gibt es auch „ein deutliches Wachstum im Bereich der prekären Teilzeitbeschäftigung“ (Sozialbericht Dortmund 2018, S.160) mit der Folge einer steigenden Zahl von „Transferleistungsempfänger*innen“. In Dortmund sind die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und die Zuwanderung aus den südosteuropäischen Ländern in die Aufmerksamkeit gerückt. Tatsächlich gibt es bei diesen beiden Gruppen, was die Teilhabe am Arbeitsmarkt betrifft, erhebliche Herausforderungen. So verläuft der allmähliche Beschäftigungsaufbau bei Geflüchteten überproportional über Helfer*innen-Tätigkeiten, die, sowohl was das zu erzielende Einkommen, als auch was die Arbeitsbedingungen betrifft, z.T. erhebliche Probleme aufweisen.

Unterschiedliche Betroffenheiten, mehrfach verursacht

Fatal wäre es, wenn darüber in Vergessenheit geriete, dass es auch für die früheren Generationen von Zuwander*innen und deren Kinder nach wie vor erhebliche Teilhabe-Defizite gibt.

Es sind also ganz verschiedene Gruppen in den Blick zu nehmen: Arbeitsmigrant*innen der 1. Generation, die stets körperliche schwere Arbeit geleistet haben und jetzt nicht mehr vermittelbar oder Rentner*innen mit niedrigem Renteneinkommen sind. Jüngere Menschen, die hier geboren oder aufgewachsen sind und sich im Bildungssystem und auf dem Ausbildungsmarkt nicht behaupten konnten. Auch alleinerziehende Mütter und Geflüchtete mit psychischen und körperlichen Schädigungen durch die Situation im Herkunftsland und durch die Flucht. Oder Zuwanderer*innen aus südosteuropäischen Ländern, die wegen Armut und Diskriminierung hierhergekommen sind und sich nun z.B. als Tagelöhner*in verdingen. Und nicht zuletzt Menschen, die sich gezwungen sehen, ohne Papiere Jobs anzunehmen, und die von daher eher Opfer als Straftäter*in sind. Diese Aufzählung ließe sich noch weiter ergänzen.

Jenseits des Tatbestands, dass es sich bei allen um Menschen mit Einwanderungsgeschichte handelt, müssen deshalb für jede Gruppe die Umstände ihrer Benachteiligung genau in Betracht gezogen werden. Es gibt nicht den Grund, der alle Benachteiligungen erklärt, auch Diskriminierung – z.B. aufgrund der Herkunft, der kulturellen und religiösen Orien-

terung oder der Hautfarbe –, die sicherlich vielfach eine erhebliche Rolle spielt, erklärt die Hartnäckigkeit von Benachteiligungen nicht ausreichend. Meistens ist es ein Bündel von Umständen, das zusammenwirkt und an dem angesetzt werden muss.

Weiterhin hoher lokaler Handlungsbedarf

Bei einem solchen komplexen und differenzierten Ansatz müsste den Migrant*innenorganisationen als Partner*innen eine wichtige Rolle zukommen. In der Summe sind die Benachteiligungen, die Menschen mit Einwanderungsgeschichte immer noch auf dem deutschen Arbeitsmarkt erleben, erheblich und fordern zu einem gezielten strategischen Handeln heraus. Auch auf lokaler Ebene, z.B. durch einen Analyse aufbauenden Aktionsplan Arbeitsmarkt-Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Schließlich betrug der Anteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte an der Dortmunder Bevölkerung schon 2016 über 30 Prozent. Die letzte Version des Masterplans Integration stammt aus dem Jahr 2013. Dieser wäre auf eine neue und erweiterte Grundlage zu stellen und durch regelmäßige Fortschrittsberichte weiterzuschreiben.

WK

ZAHLEN UND FAKTEN

Im Jahr 2017 bezogen fast 1,16 Millionen Menschen bundesweit trotz Einkommen aus Erwerbsarbeit Hartz-IV-Leistungen. Wie die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigt, waren rund 580.000 von ihnen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, knapp 380.000 arbeiteten sogar in Vollzeit. Rund 193.000 der sogenannten „Aufstocker*innen“ waren ausschließlich geringfügig beschäftigt (Minijobber).

Im Mai 2018 werden in Dortmund mehr als 11.000 Menschen als Langzeitarbeitslose geführt.

Von den knapp 81,7 Millionen Einwohner*innen in Deutschland waren 2017 rund 43,3 Millionen „Erwerbspersonen“, also Menschen, die für den Arbeitsmarkt in Betracht kommen.

Dazu zählen Erwerbstätige und Arbeitslose. Von diesen Erwerbspersonen hatten knapp 9,4 Millionen, also 21,7%, einen Migrationshintergrund, darunter rund 4,4 Millionen Ausländer*innen.

Zugleich sind die Menschen mit Migrationshintergrund stärker von Erwerbslosigkeit betroffen: 6,5 Prozent sind erwerbslos, bei denjenigen, die keinen deutschen Pass haben, sogar 8 Prozent, bei Menschen ohne Migrationshintergrund bundesdurchschnittlich 2017 lediglich 3 Prozent. Auch unter den atypisch Beschäftigten ist der Anteil der Ausländer – also jener ohne deutschen Pass – überproportional groß.

Demonstrationsbericht 1. Mai in Dortmund

Wieder einmal zogen am ersten Mai viele Menschen durch Dortmund – insgesamt demonstrierten in NRW laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) 73 500 Menschen. Dieses Jahr unter dem Motto: „Europa – jetzt aber Richtig“. Thematisch bezogen sich die Redebeiträge bei der Abschlusskundgebung, die traditionell im Westfalenpark stattfindet, eben auf dieses Motto. Es wurde darüber gesprochen, das Europa sich in Fragen der sozialen Gerechtigkeit und fairer Behandlung der Menschen intensiver zusammuntun müsse – insbesondere auch mit Blick auf einen drohenden Anstieg rechtskonservativer und rechtsextremer Parteien im EU Parlament nach der Wahl am 26. Mai. Ein wenig Wahlkampfstimmung war demnach auch hier und da zu spüren.

Der Fokus lag neben Europa aber auch auf der sich immer mehr engagierenden Jugend in Deutschland und Europa, sodass die Demonstration dieses Jahr von einem Jugendblock angeführt wurde. Dieser verbreitet eine freudig-kämpferische Stimmung und thematisierte neben Europa auch antifaschistische und klimabezogene Themen. Dahinter reichten sich die deutschen Parteien aus dem traditionellen, sozialdemokratischen und kommunistischen Spektrum ein. Daran anschließend gab es Vertreter*innen der Grünen Partei und der Partei „Die Partei“. Bald danach kamen viele Vertreter*innen von migrantischen Parteien und Zusammenschlüssen, wie etwa Didf und dem Bezet e.V. Auch ein sehr gut sichtbarer Block von Kurd*innen war vor Ort. Bei diesen Teilnehmer*innen wurde oft auf internationale Themen und

Konflikte aufmerksam gemacht und die Notwendigkeit von Solidarität weltweit thematisiert. Am Ende der Demonstration lief noch ein explizit kommunistisch-migrantischer Block.

Auf der Kundgebung im Westfalenpark waren wie jedes Jahr viele Stände unterschiedlichster Vereine, Parteien und Jugendorganisationen vertreten – unter anderem auch von Amnesty International, dem „Bündnis gegen Rechts“ Dortmund, der Jusos und einigen migrantischen Vereinen, wie etwa der kubanischen Solidarität, migrantischen Frauengruppen, kurdi-

rechtigkeit europaweit thematisiert und Solidarität eingefordert. Doch die Hauptthemen werden weiterhin von der DGB Spitze bundesweit vorgeschrieben. Den migrantischen Gruppen und Vereinen bleibt meistens nichts weiter übrig als mitzulaufen und deutlich zu machen: wir sind auch hier, wir gehören dazu und wir sind betroffen.

Eigene Erfahrungen und Probleme vorzubringen bleibt meist einigen wenigen vorbehalten, die es dann auch mal auf die Bühne schaffen. Vielen anderen ist es vorbehalten, ihre Kultur durch das Ange-

ressen – dahinter dürfen sich die migrantischen Interessensgruppen einreihen. Die großen Parteien und Verbände in Deutschland beherrschen noch immer den direkten Raum rund um die Bühne – viele der migrantischen Gruppen und Verbände stehen oben auf dem Weg zu dieser Bühne. Es passiert räumlich genau das, was viele Menschen eben nicht mehr möchten: eine Separierung von migrantischen Gruppen und ihren Interessen. Das spezielle Verhältnis und die speziellen Probleme, die Menschen mit Flucht- und/oder Migrationsgeschichte innerhalb Deutschlands auf dem Arbeitsmarkt, in sozialen Fragen oder der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe haben, werden ein wenig an den Rand gedrängt.

Der DGB und viele ihm verbundenen Gruppen und Vereine leisten eine gute Arbeit in der Unterstützung vieler sozialen Projekte und Vereine. Seit Jahrzehnten ist hier ein Netzwerk der Solidarität und Repräsentation gewachsen. Das Thema von Arbeit und Migration behandelt die Gewerkschaft gut. Es werden Hilfsangebote gemacht und Unterstützungen bereitgestellt. Der Einfluss von Gruppen und Vereinen, die die Interessen und bestimmte Probleme ihrer Mitglieder kennen und behandeln, ist jedoch weiterhin überschaubar.

Ein selbstkritischer Blick aller beteiligten und betroffenen Menschen, wie es mit der direkten Solidarität und der Repräsentation von eigenen Interessen steht, würde jedenfalls beiden Seiten guttun und neue Perspektiven eröffnen.

Lucas Gruyters



Foto: DGB

sche und türkische Vereine, sowie des VMDO. Vor dem Sonnensegel, in dem die Kundgebung eigentlich die letzten Jahre stattfand, war auf der Wiese eine kleine Bühne aufgebaut. Rundherum wurde sowohl für das leibliche Wohl als auch für die Betreuung und Unterhaltung von Kindern gesorgt.

Das Thema, welches der 1.Mai Jahr für Jahr Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenkommen lässt, hat seine Aktualität augenscheinlich noch nicht verloren. Immer dringender werden Themen der sozialen Ge-

bot von landesüblichen Essen und durch ein Paar musikalische oder gesangliche Auftritte zu repräsentieren. Laut und vernehmbar zu sagen warum sie da sind, was ihre spezifischen Anliegen sind und weshalb der erste Mai für sie eine solche Bedeutung (für die Familie aber auch politisch) hat – dazu kommt es eher selten.

Selbst die räumliche Aufteilung, sowohl bei der Demonstration als auch auf der Kundgebung im Westfalenpark, spricht eine Sprache, die sagt: zuerst die traditionell deutschen Themen und Inte-

IMPRESSUM

Herausgeber: VMDO e.V.
(Mitglied im Paritätischen)

DER PARITÄTISCHE
GESAMTVERBAND

„ECHO“ unterstützt von:
Kommunales Integrationszentrum
Dortmund

Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Tel.: +49 231 / 28678241
Fax: +49 231 / 28678166
eMail: info@echo-vielfalt.de
http://www.echo-vielfalt.de
Amtsgericht Dortmund VR 6233

Gesamtleitung: Dr. Ümit Koşan.
Herausgegeben für den Vorstand des VMDO e.V., vertreten durch: Vedat Akkaya, Emmanuel Peterson.

Redaktion: Dr. Ümit Koşan,
Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff,

Vedat Akkaya, Hansgeorg Schmidt,
Lucas Gruyters

Layout, Design: J.A.

Anzeigenservice: Vedat Akkaya,
Hansgeorg Schmidt
anzeige@echo-vielfalt.de

Vertrieb: Eigenvertrieb
Auflage: 5.000
Druck: Lensing Druck, Dortmund

Alle Rechte vorbehalten. Die von uns gesetzten, gestalteten und veröffentlichten Texte, grafische Darstellungen und Fotos dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion reproduziert und nachgedruckt werden. Für die Inhalte öffentlicher Texte von Dritten übernehmen wir keine Haftung.

Warum verdienen Frauen weniger als Männer in Deutschland?

In Deutschland ist der sog. „pay gap“ zwischen den männlichen und weiblichen Einkommen in Europa besonders hoch. Frauen verdienen im Durchschnitt ungefähr 20 Prozent weniger als Männer.

Das hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass im Gegensatz zu jungen Vätern mehr Mütter die Elternzeit in Anspruch nehmen, weil die Männer in der Regel besser verdienen als die Frauen. Aber auch, weil es in der deutschen Gesellschaft zwischen Männern und Frauen in den Gehaltserwartungen deutliche Unterschiede gibt. Drei Gründe sind dabei offensichtlich:

1. Die Unterscheidung zwischen Männer- und Frauenberufen sind nach wie vor sehr deutlich. In den

dualen Ausbildungen ist die Verteilung nach Geschlechtern sehr unterschiedlich. Zudem gibt es Ausbildungsgänge, die außerhalb des dualen Systems in schulischer Form angeboten werden, die keine Ausbildungsvergütung erhalten, sondern häufig noch Schulgeld bezahlen müssen.

2. Die Arbeit von insbesondere Pflege- Erziehungs-, und Haushaltsberufe sind auch heute noch überwiegend von Frauen besetzt werden und sind auch in den Tarifverträgen geringer bezahlt.

3. Auch nach einer Ausbildung für

einen Beruf und einer Phase der Berufstätigkeit entscheiden sich Frauen in der Schwangerschaft oder nach der Geburt des ersten oder zweiten Kind eher dazu ihre Berufstätigkeit zunächst aufzugeben und sich hauptsächlich um Kinder und Familie zu kümmern. Der Anteil der Väter, die die Elternzeit nutzen, ist bis heute zahlenmäßig marginal.

Die Ungleichheit der Einkommen zwischen Männern und Frauen hängt also einerseits mit der unterschiedlichen Berufswahl

zwischen den Geschlechtern zusammen, die verschieden entlohnt werden. Andererseits bestimmt sich diese Entlohnung aber auch aus den geschlechterspezifischen Lebensgestaltungen. Wenn die Frauen hauptsächlich der Verantwortung für die Kinder übernehmen, dann senken sie häufig ihre Arbeitszeit auf die Hälfte der Stunden. Ihr

finanzieller Beitrag für die Familie wird niedriger, der Lohn des Mannes wird dominant.

Die Zeit, in der Mütter die Arbeit aufgeben oder zeitlich einschränken, führt aber dazu, dass sie bei Wiedereinstieg in den vollen Arbeitstag auf dem Niveau bleiben, bei dem sie eine Pause eingelegt haben. Neue Erfahrungen, Umstellung in der Arbeitsorganisation und Weiterbildung haben die wenigsten mitbekommen. Das heißt, dass sie keine Schritte gemacht haben, um einen Aufstieg zu erreichen und damit auch die Chance, höhere Löhne erreichen zu können. Damit öffnet sich die Schere zwischen der Bezahlung von Männern und Frauen weiter. Die gilt gleichermaßen für alle Qualifikationsniveaus.

Das bedeutet also, wenn man gleiche Gehaltsbezahlungen für Männer- und Frauenarbeit erreichen will, dass neben der Gleichwertigkeit von Männer- und Frauenarbeit auch die Pausen für Familienarbeit gleichwertig aufgeteilt werden müssen. Dann müssen Männer gleichermaßen Familienaufgaben übernehmen. Kinder brauchen eben nicht nur Mütter sondern auch Väter.



Ein Beispiel für Lohnunterschiede.

Frau M. ist Verkäuferin in einem Supermarkt. Neben dem Einräumen der Waren ist sie hauptsächlich als Kassiererin eingesetzt. Ich frage sie nach der Gleichheit des Lohns zwischen den weiblichen und männlichen Kolleg*innen.

Sie betont sehr deutlich, dass unter den Kollegen*innen über die Bezahlung im Grunde nicht gesprochen wird. Irgendwie sei das Tabu. Im Grundsatz werden alle gleich bezahlt, wenn sie die gleiche Ausbildung und die gleichen Aufgaben haben. Es gilt der Tarifvertrag zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber*in. Insofern gäbe es auch keine Unterschiede. Allerdings hätte sie den Eindruck, dass im Laufe der Zeit die Männer

aufsteigen würden und dann auch mehr Geld verdienen. So gibt es im Laufe der Zeit Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Kollege*innen hinsichtlich der Lohnhöhe.

Die Männer werden stärker als die Frauen mit zusätzlichen Aufgaben neben der Kasse herangezogen. Dies sei wohl der Grund dafür. Ebenso, dass Männer im Gegensatz zu den Frauen auch die höheren Regale einräumen können und auch schwerere Waren einräumen können. Insofern gibt es auch unterschiedliche Aufgaben, die dann auf die Dauer genutzt werden und - wie wir vermuten - auch besser bezahlt werden. Aber irgendwie findet sie das auch gerecht, weil sie auch mehr leisten müssen.

Angela Paul-Kohlhoff



Was ist „Faire Mobilität“?

„Faire Mobilität“ ist ein bundesweites Gewerkschaftsprojekt des Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), dass in Kooperation mit den Gewerkschaften NGG, IG Bau, Verdi und IG Metall implementiert wird.

Das Projekt macht vor allem Arbeitsrechtsberatung für Menschen aus ost- und mitteleuropäischen EU-Ländern und ist offen für alle Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen und Probleme mit den Arbeitgebern haben. In Dortmund arbeiten momentan 4 Personen. Szabolcs Sepsi ist Teamleiter in Dortmund und seit 2013 Berater in rumänischer und ungarischer Sprache. Anna Szot ist seit diesem Jahr dabei und berät in polnischer Sprache. Jüngst sind noch zwei weitere Mitarbeiterinnen dazugekommen, welche in bulgarischer und ungarischer Sprache beraten. Wir trafen uns mit dem gesamten Team, um über ihre Arbeit zu Sprechen.

Wie sehen, aus ihrer Erfahrung heraus, die Situationen und Probleme vieler Menschen aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf dem deutschen Arbeitsmarkt aus?

Wir beraten ausschließlich zu Arbeitsrecht, nicht Sozialrecht oder allgemeinen Problemen wie etwa Kindergeld – Sozialrecht nur, wenn es mit arbeitsrechtlichen Problemen zusammenhängt. Etwas mehr als die Hälfte der Menschen, die zu uns kommen, kommen wegen nicht gezahlter Löhne. Andere Gründe sind etwa Kündigungen, Krankheiten, Arbeitsunfälle...aber auch Mobbing – hierbei beraten wir jedoch nicht direkt, sondern

vermitteln dann an andere Beratungsstellen weiter.

Die Probleme bedingen sich hierbei oft: wenn also z.B. jemand krank wird, wird er daraufhin gekündigt und sein Restlohn wird ihm vorenthalten. So besteht also ein direkter Zusammenhang und somit ist auch die Bearbeitung verschiedener, zusammenhängender Probleme nötig. Ähnliches auch bei Arbeitsunfällen, wo Unfälle oft vom Arbeitgeber nicht bei der Berufsgenossenschaft gemeldet werden und mündliche Kündigungen ausgesprochen werden – die auftretenden Probleme sind bei diesem Thema sehr verschachtelt.

Wie sieht bei euch daraufhin dann eine Handreichung und Beratung aus? Gibt es z.B. auch direkte Anwält*innen die bei euch mitarbeiten?

Zunächst nehmen wir selbst eine außergerichtliche Beratung vor, d.h. wir dürfen Menschen nicht vor Gericht vertreten, aber wir dürfen bzgl. aller außergerichtlichen Interessen und Schritte beraten. Das bedeutet, dass wir zunächst ein Gespräch führen, in dem die Betroffenen ihren Fall schildern, was vorgefallen ist und was ihr erstrebtes Ziel in dieser Sache ist.

Außergerichtliche Schritte sind etwa, dass wir der Person helfen ihre Ansprüche zunächst schriftlich geltend zu machen oder wir nehmen die Meldung zum Beispiel eines Unfalls bei der Berufsgenossenschaft vor. In einigen Fällen nehmen wir auch direkten Kontakt zu den Arbeitgeber*innen auf und versuchen die Lohnzahlung zu erwirken oder darüber zu verhandeln. Es ist so, dass durch ein wenig Druck unsererseits schon oft viel erreicht werden kann. Denn



nach unserer Erfahrung ist es den Arbeitgeber*innen oft bekannt, dass es nicht rechtens ist was sie da tun und sie damit rechnen, dass die Menschen sich nicht wehren. Die Arbeitgeber*innen tun solche Dinge, wie etwa den letzten Lohn zurückhalten oder mündliche Kündigungen aussprechen, durchaus regelmäßig, weil sie wissen, neun von zehn Leuten wehren sich nicht dagegen. Wenn es dann einer tut, zahlen sie lieber schnell.

Falls sich Arbeitgeber*innen dennoch querstellen, müssen die Betroffenen dagegen klagen. Für Gewerkschaftsmitglieder*innen ist das oft einfacher, da sie durch ihre Gewerkschaft einen Rechtsschutz genießen, die für sie eine solche Klage führen – die meisten Menschen, die kommen, sind jedoch nicht gewerkschaftlich organisiert und müssen daher die Klagen selber führen. Wir halten uns bei der konkreten Empfehlung von Rechtsanwält*innen relativ zurück, wobei wir aber dennoch spezialisierte Kanzleien kennen, die auch auf Prozesskostenhilfebe-

sis arbeiten – bei Wunsch stellen wir da Kontakt her.

Was ihr da beschreibt klingt wie eine systematische Hintergehung von Arbeitsrechten...

Dem ist auch so. Das sieht man alleine schon daran, dass wir mit bestimmten Branchen vermehrt zu tun haben, beispielsweise die Fleischindustrie, Logistik, Transportgewerbe, häusliche Pflege, Bau... Es gibt in diesen Bereichen einfache Strukturen und Firmen, die sich auf die Rekrutierung von Menschen aus Mittel- und Osteuropa spezialisiert haben und gezielt Lohndumping betreiben und wo Leiharbeit und Werkverträge große Ausmaße angenommen haben.

Es gehört aber durchaus zu unseren Aufgaben, diese Fälle zu sammeln und innerhalb der Gewerkschaften für diese Themen zu sensibilisieren – sowohl für die Anliegen der Kolleg*innen aus Mittel- und Osteuropa, als auch über die Bedingungen in gewis-

sen Branchen. Wir machen hierzu auch aufsuchende Beratung – wir stellen uns also vor Werkstore und gehen direkt in die Betriebe rein. Dies geschieht sehr oft gemeinsam mit den zuständigen Gewerkschaftssekretär*innen.

Welche Schritte sind aus eurer Sicht notwendig, um das systematische Umgehen von Arbeitnehmer*innen Rechten einzudämmen?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass gesetzliche Verordnungen durchaus einen direkten, positiven Effekt für die Rechte der Arbeitnehmer*innen aus Ost- und Mitteleuropa haben können, etwa die Einführung der Arbeitnehmer*innen Freizügigkeit in Europa. Diese führte zu der Möglichkeit des Wechsels in einigermaßen geschützte Lohntätigkeiten. Davor war der Ausbeutung von Tagelöhner*innen, gerade auch in Dortmund, kaum etwas entgegen zu setzen. Ähnlich war es auch beim Mindestlohn, der zu-

mindest das Lohnniveau angehoben hat und rechtliche Schritte gegen Dumpinglöhne ermöglicht hat. Dennoch wird hier immer öfter von Seiten der Arbeitgeber*innen versucht diesen zu umgehen. Auch werden noch immer Menschen mit mündlichen Arbeitsverträgen beschäftigt, die ihre Rechte nicht kennen und zusätzlich durch Sprachbarrieren nicht mal den Namen des Arbeitgebers kennen – vollkommen legal. Dies macht ein rechtliches Vorgehen oft sehr schwer bis unmöglich. Nach der strengeren Regelung auch der Leiharbeit, ist das Thema der Subunternehmen und der Werkverträge verstärkt zum Problem geworden. Das Auslagern von großen Firmen ganzer Arbeitsbereiche an Subunternehmen führt zu Kettenbefristungen innerhalb dieser Unternehmen. Politisch müsste aus unserer Sicht dem Missbrauch von Werkverträgen ein Riegel vorgeschoben werden, sowie den Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit eines Verbandsklagerechtes ermöglicht werden, d.h., dass Ansprüche der Arbeitnehmer*innen kollektiv geltend gemacht werden können. Denn alleine ist man immer schwächer und angreifbar.

Wie sieht für euch ein Ausblick in die Zukunft eurer Arbeit aus?

Solange gewisse ethische Standards bei Firmen sich nicht durchsetzen, sei es aus Einsicht oder politischen Druck, wird es unsere Arbeit weiterhin geben müssen – wir glauben nicht, dass sich z.B. der Zustand des Dumpings und das Umgehen von Arbeitnehmer*innen-Rechten so bald ändern wird. Es gibt europaweit hierbei auch in der Zukunft noch viel zu tun.

Lucas Gruyters

Armut ist ein großes Arbeitsmarktrisiko

Ein Gespräch mit Frank Neukirchen-Füfers und Rita Thelen.

Frank Neukirchen-Füfers ist Geschäftsführer, Rita Thelen Bereichsleiterin beim Jobcenter Dortmund.

Jobcenter Dortmund

Der Dortmunder Arbeitsmarkt entwickelt sich gut. Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte gehörten jedoch stets zu den „Verlierer*innen“ auf dem Arbeitsmarkt. Wie sieht dieses Bild heute aus?

Frank Neukirchen-Füfers: Auch heute ist an dieser Aussage etwas „dran“, aber sie ist einseitig. Gerade, weil in der Öffentlichkeit die Behauptung aufgestellt wird, dass durch Einwanderung und Flucht unsere Sozialsysteme besonders belastet würden, muss auch betont werden, dass es in diesen Gruppen einen erheblichen positiven Beschäftigungsaufbau gibt. Dieser beträgt seit 2014 bei Menschen mit ausländischem Pass – nur dies ist statistisch erfasst – aus EU-Staaten gut 56 Prozent und um fast 11,1 Prozent bei jenen mit Asylgeschichte (im Vergleich: bei den Herkunftsteutschen um 11,4 Prozent). Das hat mit der in Dortmund stark gewachsenen Nachfrage nach Arbeitskräften – etwa im Bereich der sogenannten einfachen Arbeit – zu tun, aber auch mit den erheblichen Anstrengungen zur Arbeitsmarktintegration, die hier unternommen wurden. Insofern zahlen die Einwanderer*innen auch erheblich in die Sozialkassen ein. Richtig ist aber auch: die verbleibende Arbeitslosigkeit wird migrantischer.

Wo liegen die besonderen Schwierigkeiten?

Rita Thelen: Bei den Geflüchteten ist nach wie vor die deutsche

Sprache eine erhebliche Barriere. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit verfehlt mehr als die Hälfte aller Zuwanderer*innen am Ende der Integrationskurse das für die Arbeitsmarktintegration wichtige Sprachniveau B1. Nach meiner Überzeugung liegt ein Grund darin, dass die Sprachkurse zu weit vom Alltag und Arbeitsleben entfernt sind und Sprache eher abstrakt als in konkreten Alltagssituationen gelehrt wird. In unseren eigenen Maßnahmen bemühen wir uns deshalb sehr um eine Verbindung von Praxis und Sprachlernen.

Frank Neukirchen-Füfers: Fehlende anerkannte Bildungs- und Berufsabschlüsse waren und sind ebenfalls ein Hemmnis auf dem Weg in den Arbeitsmarkt: Ausländische Arbeitslose verfügen zu 18 % über einen formalen, hier anerkannten Berufsabschluss, inländische Arbeitslose zu 54 %. Besonders niedrig ist dies bei Personen aus den sogenannten Asylzugangsländern, nämlich 17%. Das heißt aber nicht, dass keine beruflichen Kenntnisse und Erfahrungen vorliegen. Oftmals müssen langwierige Anerkennungsverfahren durchlaufen werden und nicht alle im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen werden anerkannt.

Kann man Aussagen zur besonderen Situation von Frauen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte auf dem Dortmunder Arbeitsmarkt treffen?

Rita Thelen: Es bleibt dabei, dass es insbesondere Mütter mit kleinen Kindern auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben. Hinzu kommt, dass es bei manchen Frauen aus verschiedenen Kulturkreisen eine Distanz zu Kitas gibt oder es auch an Informationen und Unterstützung fehlt. Wir bemühen uns sehr darum, in Kooperation mit der Stadt und mit Trägern, die familienbezogenen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Sind Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte eine herausgehobene Zielgruppe für das Jobcenter? Wo liegen ggf. die größten Schwierigkeiten und Hemmnisse?

Frank Neukirchen-Füfers: Es ergibt sich aus Sachlage wie Auftrag, dass dies eine herausgehobene Zielgruppe ist, besser gesagt: dass es in dieser großen Gruppe unterschiedliche Zielgruppen gibt, die besondere Aufmerksamkeit verlangen. Denn es geht ja nicht nur um Geflüchtete, obwohl dies vor allen Dingen in der unmittelbaren Zeit nach 2015 eine besondere Herausforderung war.

Mit der Einrichtung des „Integration Point“ – gemeinsam mit der Agentur für Arbeit –, mit Dolmetscher*in-Diensten und der Weiterbildung unseres Fachpersonals, haben wir darauf reagiert. Nun ist es nicht sinnvoll, diesen Sonderstatus über Jahre aufrechtzuerhalten. Auf der anderen Seite wissen wir, wie lange es dauert, im neuen Alltag anzukommen. Deshalb gibt es in allen unseren Stützpunkten qualifiziertes Fachpersonal und auch weiterhin Dolmetscher*in-Dienste.

Aber auch andere Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund sind in Betracht zu ziehen. Beispielsweise Menschen aus den südosteuropäischen Staaten, die hier Arbeit suchen. Hier musste in Kooperation vieler der Einfluss krimineller Hintermänner zurückgedrängt, aber auch für erträgliche Wohn- und Lebensbedingungen gesorgt werden. In diesem Segment verzeichnen wir nun ein Anwachsen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, was ein Erfolg ist.

Dass sich bei den Langzeitarbeitslosen auch eine große Gruppe von Arbeitsmigrant*innen der ersten

Generation befindet, ist Folge des tiefgreifenden Strukturwandels in unserer Region. Auch auf dem Ausbildungsmarkt ist eine Benachteiligung von jungen Menschen aus Familien mit Einwanderungsgeschichte erkennbar. Ich würde dies aber nicht auf diesen Umstand zurückführen, sondern – und das trifft dann auch herkunftsteutsche Menschen – auf das Leben in Armutsmilieus, was oft auch zu geringeren Bildungschancen führt. Pointiert gesagt: Armut beinhaltet ein erhebliches Bildungs- und Arbeitsmarktrisiko. Hier müssen die gemeinsamen Anstrengungen staatlicherseits, gleiche Bildungschancen zu schaffen, erheblich verstärkt werden.

Mit dem Einstieg allein ist es ja nicht getan, vielmehr geht es um langfristige Stabilität der Beschäftigung, um ein Einkommen, von dem man leben kann, um Wechsel in aussichtsreichere Tätigkeiten und um Aufstiege?

Frank Neukirchen-Füfers: Mit den neuen Fördermöglichkeiten nach dem Teilhabechancengesetz ergeben sich insbesondere für langzeitarbeitslose Menschen

gute Chancen auf einen beruflichen Wiedereinstieg. Dabei ist es auch wichtig, dass weder die Bewerber*innen, noch die Betriebe, bei sich ergebenden Problemen alleine gelassen werden. Durch die neuen Job-Coaches des Jobcenters kann hier Hilfestellung und Unterstützung angeboten werden. Darüber werden viele Beschäftigungsverhältnisse stabilisiert und es ergeben sich längerfristige Beschäftigungsperspektiven.

Wie steht es mit Kooperationsbeziehungen zu Migrantenorganisationen?

Rita Thelen: Gerade in Hinblick auf Gruppen, die bislang dem hiesigen Arbeitsmarkt fernstanden und dies auch noch tun, ist eine Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen unverzichtbar, und wir haben diese auch. Insgesamt sind wir sehr froh, dass es in Dortmund eine gut entwickelte Kultur der Zusammenarbeit zwischen nahezu allen Akteur*innen gibt, die für ein gutes Ankommen gebraucht werden. Für mich ist das Dortmunder Forum Flüchtlinge hierfür ein sehr gutes Beispiel. Aber gerade dort, wo wir auf erhöhte Arbeitsmarktrisiken treffen, wäre sicherlich ein noch engerer Austausch mit Migrantenorganisationen wichtig, gerade auch mit solchen, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft ganz nahe bei diesen Menschen sind.

Das Gespräch führten Wilfried Kruse und Arnel Djine

Klare Kante gegen Rechts

Ein Gespräch mit Ali Ekber Kosan (Gewerkschaftssekretär der IG BAU Westfalen) über den Standpunkt seiner Gewerkschaft zum Thema Migration und dem Umgang mit Rechten Parolen.

Welche Rolle spielt für Sie als Gewerkschafter der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) in ihrer Arbeit das Thema Migration?

Für unsere Gewerkschaft Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) spielt das Thema Migration eine große Rolle, alleine schon weil wir innerhalb unserer Gewerkschaften tausende Mitarbeiter*innen haben, die einen Migrationshintergrund haben. Alleine im Baugewerbe haben wir 30-40 Tausend Menschen, die aus bestimmt 40/50 verschiedenen Nationen kommen. Wir haben auch bereits in den 50/60er Jahren eine eigene Abteilung für die Migrant*innen gehabt, die sich vor allem um Übersetzungsarbeiten und eine Interessensvertretung gekümmert hat.

Das Büro wurde dann in den 80/90er Jahren von uns wieder abgeschafft, da wir das Gefühl hatten, dass viele Menschen nun gut für sich selber sprechen konnten. Wir sind seitdem bemüht, keinen Unterschied zwischen den Menschen zu machen und ihnen zu zeigen: für uns spielt deine Herkunft keine Rolle – wir nehmen dich zunächst als Menschen wahr. Das ist quasi unser Motto.

Wie hat sich die Situation seitdem entwickelt?

Die erste Generation, mit der wir es damals zu tun hatten, findet man heute kaum noch. Und deren Kinder, die im Bergbau und

im Baugewerbe tätig waren, brauchen heute keine Dolmetscher*innen mehr. Vielmehr sind die Probleme der neuen Generation von Migrant*innen eher von Fragen der Nationalität und Identität geprägt. Aus meiner Sicht hat aber auch die Gesellschaft in Deutschland diese Menschen oft in so eine Ecke gedrängt, indem sie sie immer auf ihre Nationalität und Herkunft angesprochen und somit reduziert haben. Früher war dieses Thema nicht so wichtig und groß – aber seit dem Aufkommen neuer rechter Bewegungen, drängt sich dieses Thema den Migrant*innen in unseren Gewerkschaften immer mehr auf. Denn wir haben mittlerweile auch bei uns geschätzte 40% Wähler*innen der AFD. Aus diesem Grund haben wir als IG BAU auch zu diesem Thema eine Art Programm ins Leben gerufen, das sich an alle Menschen innerhalb der IG Bau richtet, mit dem Titel: „Nie wieder Faschismus – In Vielfalt vereint.“ In diesem haben wir **5 Grundgedanken** verankert:

1. Menschenrechte verteidigen.

Der erste Punkt bedeutet für uns und vor allem auch für die Kolleg*innen mit Migrationsgeschichte, dass wir uns zum Grundgesetz und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bekennen. Menschenrechte sind für uns Grundrechte. Durch dieses Bekenntnis wollen wir auch in der Debatte um Flucht und Migration eine Stimme sein, um den rechten

Stimmen, die etwa negativ von „Wirtschaftsflüchtlingen“ sprechen, etwas entgegenzusetzen. Denn der Hass von Pegida oder AFD richtet sich immer gegen Minderheiten, ob dies nun Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma



Ali Ekber Kosan

oder homosexuelle, behinderte oder obdachlose Menschen sind.

2. Klare Kante gegen Rechts.

Der zweite Punkt ist durchaus eine heikle Sache, da wir der AFD auch nicht zu viel Aufmerksamkeit schenken dürfen. Sie sind zwar gewählt, aber ich hoffe dass dies nur vorübergehend ist. Dennoch wer-

den rechte Grenzüberschreitungen oft verharmlost mit dem Satz: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“. Komischerweise werden solche Dinge im Alltag mittlerweile durchaus als freie Meinungsäußerung akzeptiert. Die freie Meinungsäußerung hat für uns als IG BAU jedoch seine Grenzen, wenn dadurch Menschen unterdrückt und diskriminiert werden. Hier tut eine klare Abgrenzung nach Rechts immer noch not, damit Menschfeindlichkeit nicht zur Normalität werden kann.

3. Solidarität statt Ausgrenzung.

Der dritte Punkt ist natürlich auch als Antwort auf diese Zustände zu sehen. Wir haben versucht die neuen Flüchtlinge mit Musik und Veranstaltungen bei uns aufzunehmen

und diese Solidarität muss auch weitergehen. Für uns in der IG BAU ist das eine wichtige Aufgabe. Ich bin seit 1990 dabei und der DGB macht in diesem Bereich schon lange eine gute Arbeit. Auch wurden immer mehr Kolleg*innen mit Migrationsgeschichte eingestellt und in vielen Betrieben sind sie auch Bestand-

teil der Interessenvertretung, was ein wichtiges Signal ist.

4. Faire Arbeit für alle.

Der vierte Punkt der fairen Arbeit für alle ist zunächst mal unabhängig von den Migrant*innen entstanden und zwar im Zuge der EU-Entsenderichtlinie. Das bedeutet für uns als IG BAU, dass etwa Menschen aus Polen, die hierherkommen, genauso behandelt werden sollen wie die Arbeitnehmer*innen vor Ort. Es soll hier auch der von den Gewerkschaften ausgehandelte Tariflohn und nicht der Mindestlohn gezahlt werden. Denn das kapitalistische System produziert Ungleichheiten denen wir als Gewerkschaft sowohl in den Betrieben als auch in der Politik entgegenstehen müssen. Die Politik muss hier einen gesetzlichen Rahmen schaffen, der eine faire Behandlung ermöglicht – dafür sind wir auch am 1. Mai unter dem Motto: „Europa jetzt – aber Richtig“ auf die Straße gegangen. Alle Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, sollen und müssen von Europa profitieren.

5. Verantwortung für Demokratie übernehmen.

Der fünfte Punkt bedeutet für uns einfach, das alle Menschen die hier leben, egal woher sie kommen oder was sie wählen, von Demokratie profitieren. Und unser Engagement in Gewerkschaft, Betrieb und Gesellschaft muss eine Querschnittsaufgabe sein. Über-

all wo wir sind und teilnehmen müssen wir deutlich machen, wie wichtig es ist die Demokratie zu verteidigen. Und wenn wir hierbei wirklich Verantwortung übernehmen wollen, dann müssen wir dafür kämpfen und die Leute, die etwa AFD wählen, davon überzeugen, dass diese Menschen Europafeinde sind und wir mit denen nicht zu tun haben wollen. Wir möchten also ein Bewusstsein schaffen, das es rechtem Gedankengut schwer macht sich auszubreiten. Die Gewerkschaften waren es, die arbeitsrechtliche Erwerbungschaften erkämpft haben und das weiterhin auch tun – als starke Einheit in ihrer Vielfalt.

Diese 5 Grundsätze müssen alle unsere Mitarbeiter*innen und auch ehrenamtliche Mitarbeiter*innen verinnerlichen und vertreten – überall und natürlich auch unabhängig ihrer Herkunft. Denn es geht um uns alle und diese 5 Punkte sind wichtig um der rechten Seite etwas entgegenzusetzen. Wir organisieren hierzu auch Seminare und ähnliches für unsere Mitarbeiter*innen, um sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen und gemeinsam zu lernen, was diese 5 Punkte konkret bedeuten.

Für uns als Gewerkschaft gibt es einfach kein Schwarz, Weiß, Gelb – es sind Menschen die zu uns kommen und diesen muss allen gleichberechtigt eine faire Behandlung zukommen.

Lucas Gruyters

„Die Polizei ist ein Abbild der Gesellschaft und das muss sie auch sein.“

Unter dem Eindruck eines europaweiten Rechtsrucks, der immer noch sehr aktiven und präsenten Naziszene in Dortmund und der damit einhergehenden Bedrohung für migrantische Menschen und Andersdenkende, trafen wir uns mit dem Dortmunder Polizeipräsidenten Gregor Lange, um mit ihm über die Rolle der Polizei im Spannungsfeld von rechtsextremer Bedrohung und ihrem Verhältnis zur hier lebenden migrantischen Gemeinschaft zu Reden.

Wie sehen sie die Situation des Rechtsextremismus Dortmund?

Wir haben hier in Dortmund eine Vergangenheit, die auch an anderer Stelle zu finden ist – wir alle kennen noch die Situationen von ausuferndem Rechtsextremismus, dem NSU und nicht zuletzt dem Mord an Mehmet Kubasik. Dies alles ist für uns hier in Dortmund auch aktuell in den Köpfen. Und daher ist dieses Wissen auch für uns handlungsweisend für die Frage: Wie beugen wir Gefahren vor, die insbesondere dann auftreten, wenn sich Teile der Gesellschaft außerhalb von Demokratie, Rechtsstaat und Verfassung stellen – wenn also Rechtsextremist*innen versuchen, mit Kampagnen Hass und Gewalt auch gegen den migrantischen Teil unserer Gesellschaft zu schüren? Wir haben aber auch hier bei uns in der Polizei eine ganze Menge Vorkehrungen getroffen, die gerade auch die Gefahren von Rechts besonders in den Blick nehmen. Ich habe hier im Jahr 2014 eine Sonderkommission (SoKo) gegen Rechts eingesetzt, die keinen anderen Auftrag hat, als bekannte Rechtsextremist*innen in Dortmund unter Beobachtung zu halten und intensiv Kontrolldruck auszuüben. Was wir seitdem erreicht haben, ist nicht zu unterschätzen: Wir haben es erreicht, dass wir nahezu die gesamte Rechte Szene in Dortmund aus der Anonymität geholt haben, dass wir also wissen wer hier in Dortmund aktiv und unterwegs ist. Es ist somit für uns auch möglich, durch Ermittlungsmaßnahmen, und z.B. in Zusammenarbeit mit dem BVB Stadionverbote für Teile dieser Szene zu erwirken, was letztendlich auch einen Strafcharakter hat. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, einen permanenten Kontroll- und Strafverfolgungsdruck auf die Rechte Szene auszuüben, damit sich so etwas wie seinerzeit die NSU möglichst nicht wiederholen kann.

Wie ist die Dortmunder Polizei in Bezug auf Fragen des Opferschutzes aufgestellt?

Opferschutz ist ein wichtiger Bestandteil unseres Handlungskonzepts und auch Bestandteil der SoKo Rechts. Zum anderen ist auch das Thema Prävention fest in das Konzept integriert. Dazu gehören z.B. präventive Veranstaltungen an den Schulen. Wir arbeiten zudem eng vernetzt mit Initiativen wie „Back Up“ zusammen. Zudem haben wir hier im Polizeipräsidium Beamte*innen, die im Opferschutz

eingesetzt sind. Wir haben bei diesem Thema also mehrere Pfade angelegt. Es ist uns wichtig, das Thema Opferschutz jenseits des Kontrolldrucks und der Strafverfolgung hoch zu halten.

Wie bereiten sie ihre Beamt*innen auf das Agieren innerhalb der migrantischen Gemeinschaften vor?

Wir haben hier innerhalb der Behörde im Jahr 2014 ein Projekt ins Leben gerufen mit dem Namen: Interkulturelle Kompetenz. Dieses ist auch bereits so weit gereift, dass es nun kontinuierlich weiterläuft. Hierbei sind mit Unterstützung auch von außen verschiedene Formen von Seminaren, Tagungen und Vorträge unterschiedlicher Expert*innen gelaufen. Wenn wir über interkulturelle Kompetenz sprechen, so ist das für mich eher eine Frage des gegenseitigen Erlebens. Also die Frage: Wo gibt es die Orte und Möglichkeiten sich gegenseitig zu erleben, kennenzulernen? Ein gemeinsames interkulturelles Kochen mit der alevitischen Gemeinde, als Ausgangspunkt für eine Führungstagung etwa, hat bei unserer gesamten Führungsmannschaft große Begeisterung gefunden. Ich denke, dass Dortmund eine Stadt ist, die den Umgang mit verschiedenen Kulturen über die Jahre, wenn nicht Jahrhunderte gelernt hat – sie war schon immer ein Schmelztiegel der Kulturen. Und die Erfahrung zeigt uns auch, dass dieses Zusammenwachsen zu einer gemeinsamen Stadt ein kontinuierlicher Prozess ist, der immer weiter gelebt und gefördert werden muss. Zu dieser Stadt gehören natürlich auch die Menschen, die zu uns geflüchtet sind und hier bei uns Schutz suchen. Hierzu haben wir auch eine personalisierte Ausstellung im Foyer des Polizeipräsidiums durchgeführt, um zu zeigen, wer eigentlich als Mensch und welches Schicksal hinter einer Fluchtgeschichte steht. Wir müssen diese Menschen auch aus ihrer Anonymität holen um zu zeigen, wer sie sind.

Dennoch gibt es unter Migrant*innen immer auch noch Ängste und Vorbehalte gegen die Polizei, sei es aus eigener Erfahrung oder durch den Eindruck, der durch das Auffliegen einiger rechter Umtriebe innerhalb der Polizei entstanden ist – was sind ihre Bemühungen gegen diese Ängste anzugehen?

Wir sprechen hier von 3.000 Polizeibeamt*innen und ich lege genau deswegen einen Fokus auf



ECHO-Redakteur Vedat Akkaya (2. v.l.) im Gespräch mit Polizeipräsident Gregor Lange

Foto: Lucas Gruyters

das Thema Prävention. Denn ich glaube, dass wir hier ein gesamtgesellschaftliches Problem haben, um das wir uns kümmern müssen. Es gibt einfach seit geraumer Zeit einen Zustand, dass das was man für anständig hält, nicht mehr eingehalten wird. Und das hängt eben genau mit jenen rechten Hetzer*innen zusammen, die das gesellschaftliche Klima vergiften. So entwickelt sich ein Zustand, dass in Teilen der Gesellschaft mittlerweile in einer Art und Weise gesprochen wird, wie es vor einigen Jahren noch nicht der Fall war. Wir müssen gemeinsam darauf achtgeben, dass sich dadurch nicht Dinge in eine negative Richtung verschieben. Ein Teil dieser Gesellschaft ist eben auch die Polizei. Wir müssen diesem Zustand generell mit Vorbeugung begegnen. Bei uns begegnen wir diesem Zustand z.B. damit, dass all unsere Polizeianwärter*innen die Steinwache (ein ehemaliges GeSta-Po Gefängnis am Dortmunder HBF) besuchen. Ebenso haben wir im Rahmen unseres Projekts Interkulturelle Kompetenz ein Teilprojekt, das überschrieben ist mit dem Titel „Erinnerungsarbeit“. Es wird für uns immer deutlicher, dass es eine gute und notwendige Idee war, dieses Thema hier mit reinzunehmen. Ich stelle hierbei auch fest, dass das Interesse zu diesem Thema, gerade auch bei jungen Kolleg*innen, sehr groß ist. So besuchen unsere Kolleg*innen, zusammen mit Jugendlichen in Kooperation mit dem Jugendring, NS-Gedenkstätten.

Auch haben wir bereits Gespräche mit Zeitzeug*innen bzw. Holocaustüberlebenden veranstaltet. Des Weiteren haben wir gemeinsam mit der Steinwache eine Dauerausstellung in unser Haus geholt, welche sich mit der Rolle der Polizei während der NS-Zeit auseinandersetzt. Hierdurch haben wir ganz transparent gemacht, welche Schuld die Polizei damals auf sich geladen hat.

Abschließend würden wir gerne wissen: was glauben sie, was sich

im Verhältnis zwischen der Polizei und der migrantischen Gemeinschaft noch verbessern könnte und sollte?

Ich glaube, dass hierbei von beiden Seiten ein Vertrauensvorschuss da sein muss. Ohne Vertrauen ist kein Dialog möglich. Daher müssen wir die bestehende Vertrauensbasis ausbauen. Wenn Sie etwa auch die Vorbehalte gegen die Polizei bei Menschen mit Fluchtgeschichte ansprechen, so sind diese Vorbehalte ja auch oft durch Erfahrungen entstanden, die diese Menschen in ih-

ren Heimatländern gemacht haben. Hier müssen wir ganz klar zeigen, dass wir hier in Deutschland ein vertrauensvoller Ansprechpartner sind. Wichtig ist, dass wir die Hürden hierfür möglichst gering halten und im Zweifel eben auch die 110 gewählt wird. Dies ist natürlich ein Prozess, der dauerhaft geführt und gepflegt werden muss.

Es gibt für mich noch einen weiteren Punkt, den wir hier nicht außer Acht lassen dürfen: Wir tun so, als gäbe es auf der einen Seite die Polizei und auf der anderen Seite Menschen mit Migrationshintergrund. Dem ist natürlich nicht so – wir haben die Migrant*innen auch bei der Polizei. Insofern ist die Polizei auch ein Abbild der Gesellschaft und das muss sie auch sein.

Und auch das deutsche Grundgesetz, welches in diesen Tagen ja seinen 70igsten Geburtstag feiert, zeigt uns genau diesen Weg auf: Alle Menschen sind unabhängig von Nationalität oder Religion gleich zu behandeln. Das ist auch eine Lehre aus der Nazidiktatur, dass eben diese Grundsätze Richtschnur allen staatlichen Handelns sein müssen – und somit auch gerade für die Polizei einen Auftrag darstellen, jeden Tag an der Verwirklichung dieser Grundwerte zu arbeiten. Genauso wichtig ist aber auch, dass möglichst viele Menschen, die hier leben, gemeinsam hinter diesen Werten stehen und an der Verwirklichung dieser Ideale aktiv arbeiten - davon lebt die Demokratie.

Lucas Gruyters, Vedat Akkaya



Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich rund 200 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen. Sie bieten Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen an:

- Beratung bei Ehe- und Lebenskrisen
- Unterstützung bei der Betreuung von Kindern
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen
- Hilfen in Notlagen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Selbsthilfeunterstützung

Kontakt über

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Kreisgruppe Dortmund
Ostenhellweg 42-48/Eingang Moritzgasse
44135 Dortmund
Telefon: (02 31) 189989-0, Fax: -30
dortmund@paritaet-nrw.org
www.dortmund.paritaet-nrw.org

JOBfit Messe auf dem Friedensplatz

Auch in diesem Jahr gaben über 40 Unternehmen wieder Tipps und Infos zum Start in das Berufsleben während der gutbesuchten Berufsorientierungsmesse JOBfit auf dem Friedensplatz. Die künftigen Berufsanfänger konnten sich bei strahlendem Sonnenschein über die verschiedenen Berufsbilder und Besonderheiten einiger Ausbildungen umfangreich informieren. Zahlreiche Work-

shops im Rathaus rundeten das Angebot ab, dabei ging es um Themen wie das korrekte Verhalten beim Vorstellungsges-

spräch, aber auch den Einfluss von Facebook-Profilen auf Bewerbungen.

ECHO



Foto: J.Abolnikov

Zum Paritätischen Dortmund gehören:

- 66 Angebote der Kinderbetreuung und Kinderbildung in Tagesstätten, im Offenen Ganztags und in der Tagespflege
- 64 Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in allen Sozial- und Jugendbereichen
- 28 Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege
- 22 Organisationen der Behindertenhilfe
- 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe
- 20 Organisationen im Bereich der Migration und interkulturellen Arbeit
- 19 Anbieter von Gesundheits- und Suchtkrankenhilfen
- 17 Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen sowie Bildungsstätten
- 13 spezifische Beratungsstellen und -angebote für Kinder und Familien, Frauen und Homosexuelle
- 9 Hilfseinrichtungen für Menschen in Not sowie Schuldner- und Sozialberatung
- 4 Angebote des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit
- 1 Hilfs- und Rettungsdienst
- 1 Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung von über 400 Selbsthilfegruppen

Tamilische Musikprüfung im Haus der Vielfalt

Dortmund ist bunt – dieser Satz stimmt. Es kann aber noch bunter werden, wenn man sich entschließen würde, einen Abschluss anzuerkennen, der hier gemacht werden kann.

Am 01.06. und 02.06.19 fanden im Haus der Vielfalt die Prüfungen für die musikalischen Fächer der tamilischen Schule statt. Die über 600 Prüflinge mussten zeigen, was sie im vergangenen Jahr gelernt hatten. Ob Instrument, Tanz oder Gesang, sie lieferten alle ein gutes Ergebnis ab.

Nach Abschluss der letzten Stufe sind einige dann befähigt, ihre Kenntnisse weiter zu geben, bzw. diese Kenntnisse in einem Studium zu vertiefen und dann offiziell als Lehrer zu unterrichten. Nun ist es aber so, dass nur in einigen europäischen Ländern das Prüfungszeugnis den Zugang zum Studium erleichtert – warum nicht auch hier? Mittlerweile hat die tamilische Mu-



Foto: J. Abolinikov

sik viele Freunde gefunden, was eine zunehmende Besucherzahl bei Auftritten beweist. Ist es denn dann nicht möglich, den Prüflingen, die ihren Abschluss geschafft haben und Studieren möchten Anerkennung zu zollen und ihr Zeugnis mit

in die Zulassungsbewertung einzubeziehen? Dieses würde die bunte Vielfalt in Dortmund noch um eine Facette und das kulturelle Angebot erweitern.

ECHO

Gemeinsames Fastenbrechen im Quartierstreff Concordia



Foto: Quartierstreff Concordia

Anlässlich des muslimischen Fastenmonats Ramadan wurde am Mittwoch, den 15.05.2019 nach dem Sonnenuntergang das gemeinsame Fastenbrechen in geselliger Runde im Dortmunder Quartierstreff Concordia begangen. Rund 40 interessierte Teilnehmende aus dem Quartier rund um den Borsigplatz trafen sich, um gemeinsam mit ihren Nachbarn und Nachbarinnen leckere hausgemachte Speisen zu sich zu nehmen. Durch die tatkräftige Unterstützung engagierter Anwohnerinnen konnte somit ein leckeres Buffet mit herzhaften und süßen orientalischen Speisen gezaubert werden.

Darüber hinaus wurde das gemeinsame Fastenbrechen zum Anlass genommen, sich über die muslimische Tradition des Ramadan, sowie über das Fasten in anderen Religionen, wie zum Beispiel

im Christentum und Hinduismus, auszutauschen, denn schließlich ist Fasten ein Bestandteil aller drei Weltreligionen. Insbesondere im Islam kommt ihm eine große Bedeutung zu. Die fastenden Gläubigen stehen kurz vor dem Sonnenaufgang auf und frühstücken. Danach nehmen sie zwischen Sonnenauf- und Sonnenuntergang weder Essen noch Getränk zu sich. Erst wenn die Sonne untergeht, wird wieder gegessen und getrunken. Das Fasten wird also gebrochen. Das Fastenbrechen, unter den Muslimen *Iftar* genannt, kann ein Familienessen sein, ein Essen in einer Moschee oder an einem anderen öffentlichen Ort. Es ist in der islamischen Welt üblich, dass sich Menschen gegenseitig zum Fastenbrechen einladen und dann gemeinsam essen, so wie es im Quartierstreff Concordia an diesem Mittwoch stattgefunden hat.

Die Spar- und Bauverein eG als Unterstützer und Partner des „Quartierstreff Concordia: gemeinsam am Borsigplatz“ und der Planerladen e.V. als Betreiber des Quartierstreffs rufen durch solche Events und Feste zum interreligiösen und interkulturellen Dialog im Quartier auf. Schwerpunkt der kulturellen und sozialen Arbeit des Quartierstreff Concordia ist auch die Unterstützung des interkulturellen Dialogs und der Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens aller Bewohnerinnen am und um den Borsigplatz. Neben muslimischen Traditionen wie dem Fastenbrechen zum Ramadan, gehören Feste und Feierlichkeiten aller Religionen ebenso wie das Erleben interkultureller Gemeinsamkeiten zum festen Bestandteil der Aktivitäten im Quartierstreff Concordia.

Quartierstreff Concordia

FRÜHE HILFEN

Pilar Wulff
Koordination: Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de. Tel: 0231-50-24974
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

Sabine Janowski
Koordination: Familienhebammen und Familien-, Gesundheits-, Kinderkrankenpflegerinnen
familienhebammen@dortmund.de
sjanowski@stadtdo.de
Mob.: 0173-5290096.
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

GESUNDHEITSFACHKÄFTE

Gesundheitsamt:
Zuhal Dagdas, Familienkinderkrankenpflegerin, zdagdas@stadtdo.de
Melanie Korus, Familien-, Gesundheits-, und Kinderkrankenpflegerin, mkorus@stadtdo.de
Ismiyul Myrsel, Familienhebamme, imyrsel@stadtdo.de
Fariba Jooyaei, Familienhebamme, fjooyaei@stadtdo.de
Angela Schröder, Familienhebamme, angelaschroeder@stadtdo.de
Desirée Mober, Familienhebamme, dmober@stadtdo.de

Soziales Zentrum Dortmund e.V., Beratungsstelle Westhoffstraße
Marion Korte, Familienhebamme marion.korte@westhoffstrasse.de
SKF – Sozialdienst katholischer Frauen Christine Göke, Familienhebamme, schwangerschaftsberatungsstelle.goeke@kath-centrum.de

AWO Beratungsstellen
Jenny Becks, Familienhebamme. j.becks@awo-dortmund.de
donum vitae
Brigit Oechsli, Familienhebamme. oechsli@donumvitae-dortmund.org

FAMILIEN-PROJEKT

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

FAMILIENBÜROS

www.familie.dortmund.de
Unter dieser Adresse erreichen Sie das Familienportal und finden Informationen zu familienorientierten Angeboten und Leistungen wie Ausflugszielen, familienfreundlicher Gastronomie sowie das Familieninformationssystem.
Die Familien-Hotline: Tel: (0231) 50-2 98 95 ist für Sie montags und donnerstags von 8.00 – 12.00 Uhr freigeschaltet.
Die Familienbüros finden Sie in den Stadtbezirken:
Aplerbeck: Köln-Berliner-Str. 1, 44287 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 93 09
Brackel: Brackeler Hellweg 170, 44309 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 48 89
Eving: August-Wagner-Platz 2-4 44339 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 79 23
Hörde: Hörder Bahnhofstr. 16, 44263 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 98 67
Hombruch: Harkortstr. 58, 44225 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 83 27
Huckarde: Urbanusstr. 5, 44369 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 84 35

Lütgendortmund: Wernerstr. 10, 44388 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 89 40
Mengede: Bürenstr. 1, 44359 Dortmund Tel: (0231) 50-2 80 40
Scharnhorst: Gleiwitzstr. 277, 44328 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 88 26
Innenstadt-Ost: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 95 69
Innenstadt-West: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 35 17
Innenstadt-Nord: Leopoldstr. 16-20, 44145 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 42 82
Öffnungszeiten der Familienbüros: montags und donnerstags 8.30-10.30 Uhr und nach Vereinbarung

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

BERATUNGSSTELLEN DES PSYCHOLOGISCHEN BERATUNGSDIENSTES DES JUGENDAMTES

Beratungsstelle Aplerbeck
Wittbräucker Straße 1, 44287 Dortmund
Telefon (0231) 456013
Beratungsstelle Brackel
Asselner Hellweg 103, 44319 Dortmund
Telefon (0231) 27554/ 5
Beratungsstelle Eving
Evinger Platz 2-4, 44339 Dortmund
Telefon (0231) 50-25470
Beratungsstelle Hörde
Alfred-Trappen-Straße 39, 44263 Dortmund
Telefon (0231) 423017/ 18
Beratungsstelle Hombruch
Harkortstraße 36, 44225 Dortmund

Telefon (0231) 717051
Beratungsstelle Innenstadt
Töllnerstraße 4, 44135 Dortmund
Telefon (0231) 50-23115
Beratungsstelle Lütgendortmund
Werner Straße 10, 44388 Dortmund
Telefon (0231) 67811
Beratungsstelle Mengede
Bodelschwingher Straße 131, 44357 Dortmund
Telefon 0231-372088 / 37625

come@home
Psychosoziales Zentrum für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Allgemeiner Projektkontakt:
c/o PSZ Dortmund
Lange Str. 44, 44137 Dortmund
Ansprechpartner:
AWO Unterbezirk Dortmund:
Rodica Anuti-Risse, Tel.: 0231-88088114, r.anuti-risse@awo-dortmund.de
GrünBau gGmbH:
Ute Lohde, Tel.: 0231-8409635, ulohde@gruenbau-dortmund.de
Kinderschutzbund Dortmund e.V.:
Martina Furlan, Tel.: 0231-84797814, m.furlan@dksb-do.de
Kinderschutz - Zentrum Dortmund:
Martina Niemann, Tel.: 0231-2064580, niemann@kinderschutzzentrum-dortmund.de

Kinderschutz-Zentrum Dortmund
Gutenbergstrasse 24, 44139 Dortmund.
Tel.: 0231-206458-0

Deutscher Kinderschutzbund Dortmund
Lambachstr. 4, 44145 Dortmund

Tel.: 0231-8479780, Fax: 0231-84797822
Schwangerenberatungsstellen
AWO Beratungsstelle
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Telefon: 0231-9934-222
beratungsstelle@awo-dortmund.de
Onlineberatung:
www.das-beratungsnetz.de

DONUM VITAE
Friedhof 4, 44135 Dortmund
Telefon : 0231-176387-4
E.mail: dortmund@donumvitae.org

Katholische Schwangerschaftsberatungsstelle
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Telefon: 0231-1848-220
schwangerschaftsberatung@kath-centrum.de

Beratungsstelle Westhoffstraße
Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstraße 8-12, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-840340
E.mail: info@westhoffstrasse.de

Team Kinderschutz im Jugendumt:
Johanna Hopff
Koordination: Kinderschutz, Teamleiterin Fachberatung Kinderschutz.
jhopff@stadtdo.de. Tel: 0231-5024881
Kirsten Grabowsky
Koordination:
Kinder als Anhörige alkoholkranker Eltern
kgrabowsky@stadtdo.de.
Tel: 0231-5023397

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23606.
Fax: 0231-50-23526
gesundheitsamt@dortmund.de
gesundheitsamt.dortmund.de

Abteilungen und Ansprechpartner

Stadt Dortmund - Gesundheitsdienst für Kinder und Jugendliche
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-5022532, 0231-5023579
Fax: 0231 50-23556
E-Mail: 53kinder@stadtdo.de
gesundheitsamt.dortmund.de
Renate Breidenbach,
Ärztliche Leiterin
Tel.: 0231 50-22536,
Fax: 0231 50-23556
E-Mail: rbreidenbach@stadtdo.de

Sozialmedizinischer Dienst, Begutachtungen für Erwachsene
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23528, Fax: 0231-50-26789
E-Mail: 53begutachtung@stadtdo.de

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt - Betreuungsstelle
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231 50-24772, 0231 50-23510
Fax: 0231 50-23589
E-Mail: 53betreuung@stadtdo.de

Umwelt- und Infektionshygiene und Gesundheitsaufsicht Dortmund
Tel.: 0231 50-23575, 0231 50-23536
Fax: 0231 50-23592
E-Mail: 53ges-aufsicht@stadtdo.de

Yatim Adhakitrat e.V.

Hilfe für Marokko und Madagaskar



Der Verein Yatim Adhakitrat e.V. ist ein junger Verein, der aber seit seiner Gründung große Aktivität entwickelt hat.

Gegründet wurde der Verein im Jahr 2018, weil eine junge Frau aus Marokko einen verzweifelten Entschluss fasste - sie wollte ihr neugeborenes Kind zur Adoption freigeben, weil sie nicht in der Lage war drei Kinder zu ernähren. Marokko ist eines der ärmsten Länder dieser Welt und es mangelt an vielen Grundnahrungsmitteln. Dort leben Menschen, die nicht wissen, wie Fruchtsaft schmeckt, weil sie sich Saft schlicht nicht leisten können. Die jungen Frauen von Yatim orga-

nisieren nun Hilfen insbesondere für Waisenkinder und Witwen in Marokko und Madagaskar. In Madagaskar entstanden in Kooperation mit der Organisation „Give to Orphans“ 2 Brunnen, 5 weitere sind in Planung. Im Ramadan werden Speisungen zum Fastenbrechen organisiert, bei denen bis zu 1500 Menschen in drei Dörfern versorgt werden.

Um diese Essensangebote zu organisieren, haben die Frauen des Vereins die Muslime ihrer Gemeinde während des Ramadans gebeten zu spenden. Spenden im Ramadan müssen nach islamischem Gebot für Speisen und Getränke genutzt werden. Weitere

Hilfsprojekte sind in Planung, unter anderem ein Mädchen-Seminar und eine Spendenaktion für Schulbücher.

Den Frauen von Yatim geht es in erster Linie um Nächstenliebe und Hilfe für Menschen, denen es an Lebensgrundlagen mangelt. Sie engagieren sich auch sehr stark für hilfebedürftige Menschen aus Bangladesch. Dazu wurde ein Waisenfond gegründet, der auf der Basis von Patenschaften Hilfe leistet.

Nähere Informationen zu den gesamten Aktivitäten des Vereins finden sich im Internet unter www.yatim.de

ECHO

1.000 Gäste feierten mit den Dortmunder Jesiden das Çarşema Sare Nisane

Am 17. April lud der Verein Mala Ezidخان Dortmund und Umgebung e.V. (MEDU) ein, um gemeinsam das neue Jahr zu feiern. Khalid Yusef, Vorsitzender von MEDU, begrüßte die Gäste mit den Worten: „Das heutige Fest ist Gott gewidmet, da wir glauben, dass Tawisi Melek in dieser Zeit zum ersten Mal die Erde in Gestalt eines Pfaus besuchte. Mit dem Färben von Eiern erinnern wir daran, dass er die Welt mit seinen Farben segnete. Als Eziden feiern wir heute aber auch die Schöpfung, Mutter Natur und die guten Taten der Menschen.“

Die Räumlichkeiten der SADE Star Eventhalle in Dortmund Kley wurden hauptsächlich mit frischem Grün und bemalten Eiern dekoriert. Die Ähnlichkeiten mit anderen Frühlingsfesten, wie z.B. Ostern, ermöglichte einen leichten Einstieg in den interkulturellen Austausch der Gäste.

Zur interaktiven Unterhaltung wurde ein Film mit Grüßen aus anderen Ländern gezeigt und die Grußworte aus Lalisch, dem Heiligen Ort der Jesiden, überbracht.

Während der Çarşema Sare Nisane Feier wurde mit traditioneller Live Musik und der Vorführung von traditionellem Handwerk den Gästen die Jesidische Kultur nähergebracht.

Mit Unterstützung vom MIA-DO-KI (Kommunales Integrationszentrum Dortmund) und mit weiteren Partnern, wie dem VMDO, das Multikulturelle Forum e.V., die Alevitische Gemeinde Dortmund, Yesidische Gemeinde Weltweit, Yazda Global yazidi Organisation und weiteren, wurde über die Situation der verfolgten Minderheit der Jesiden informiert. Grußworte wurden unter anderem von Frau Brigitte Müller vom MIA-DO-KI überbracht. Vor Ort konnte sich außerdem eine Kunstinstallation zur Situation der Jesiden, vor allem zu der Verfolgung und Verbrechen, welche die Jesiden erleiden mussten, angeschaut werden.

Die Gäste kamen aus ganz NRW, wenn auch die meisten der ca. 1000 Gäste aus Dortmund kamen. Der Vorsitzende des Vereins MEDU sagt dazu: „Wir danken den Menschen in Deutschland,

MALA EZIDKHAN DORTMUND UND UMGEBUNG E.V. (MEDU E.V.)

Der Verein Mala Ezidخان Dortmund und Umgebung e.V. hat sich am 27.04.2017 gegründet und eine Satzung gegeben. Die 13 Gründungsmitglieder haben den Verein der Förderung der Hilfe für politisch, rassisch und religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Vertriebene verschrieben. Zur Erfüllung des Zwecks sind diverse Beratungen, Infoveranstaltungen und weitere Hilfestellungen realisiert worden. Gerade auch die Infoveranstaltungen in Form von Feierlichkeiten haben einen großen Anklang gefunden. Mit solchen Feiern wird Kindern, Jugendlichen und weiteren Gästen die Tradition der Jesiden nähergebracht.

dass Sie uns so freundlich aufgenommen haben und freuen uns mit Ihnen gemeinsam in Frieden und Freundschaft das neue Jahr zu begrüßen.“



Somalisch-Deutscher Verein e.V.

Ein Verein im Aufbruch



Die in Dortmund lebenden Somalis sind überwiegend Familien mit kleinen Kindern und Jugendlichen. Diese jungen Menschen brauchen Beihilfe zur Integration in Form von einem Zugang zu Sprachkursen, einer hinreichenden Ausbildung und einer regelmäßigen Teilnahme an sportlichen Aktivitäten. Der Vorstand dieses Vereins ist bereit sich diesen Herausforderungen zu stellen und all seine Zeit und Muße in diese Projekte zu stecken. Das angestrebte Ziel

ist es, die Bedürfnisse dieser jungen Menschen zu decken und ihnen ein Leben in unserer multikulturellen Gesellschaft, die auf einem gegenseitigen Austausch von Akzeptanz und Toleranz basiert, zu ermöglichen.

Die Hauptaufgabe des Vereins in den kommenden Jahren wird es sein, interkulturelle Veranstaltungen zu planen und einen kulturellen Austausch ins Leben zu rufen. Dazu gehören die Behandlung von Themen wie: Was bedeutet

eigentlich Terrorismus? Warum sind wir aus unserem Heimatland geflüchtet? Wie sollte das Leben in der deutschen Gesellschaft aussehen? Was sind die Perspektiven der somalischen Kinder und Jugendlichen und wie können sie sich bestmöglich in die deutsche Kultur integrieren?

Die Arbeit des Somalisch-Deutschen Vereins wird durch das Landesprojekt „KOMM-AN NRW“ gefördert.

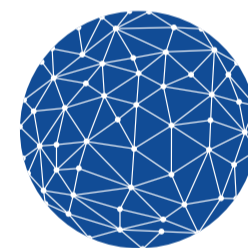
ECHO

Einladung zur samo.fa – Lokalkonferenz

Unter dem Motto „**Angekommen? Teilhaben jetzt!**“ veranstaltet samo.fa Dortmund ein „#barcamp“. Dieses offene Veranstaltungsformat bietet den Teilnehmenden aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und ehrenamtlich Engagierten Raum für einen kreativen Austausch.

28.06.2019 | 10-16 Uhr

lokale Konferenz in Dortmund



Alle Teilnehmenden erhalten die Möglichkeit eigene Thematiken oder Fragestellungen einzubringen, die jeweiligen Sessions selbst zu gestalten und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Das Ziel:

Aktuelle Herausforderungen in der lokalen Flüchtlingsarbeit diskutieren, Chancen ausloten und Ideen für Verbesserungen entwickeln. Die Themenfelder können dabei von „Politischer Teilhabe vor Ort“ über „Gesundheit“ bis hin zu „Arbeit und Ausbildung“ reichen.

Das „#barcamp“ lebt von Ihren inhaltlichen Anregungen und Ideen!

Wir freuen uns, Sie bei der samo.fa-Lokalkonferenz begrüßen zu dürfen.

Es würde uns bei der Planung helfen, wenn Sie Ihre Teilnahme kurz per Mail unter a.djine@vmdo.de bestätigen würden.

#BARCAMP „ANGEKOMMEN? TEILHABEN JETZT!“ PROGRAMM

- 10.00 - 10.20** Begrüßung Stadträtin Birgit Zoerner (angefragt) Dezernentin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit
- 10.20 - 11.00** Vorstellungsrunde & Session-Planung
- 11.00 - 12.00** Sessionsslot I
- 12.00 - 13.00** Mittagspause
- 13.00 - 14.00** Sessionsslot II
- 14.00 - 15.00** Sessionsslot III
- 15.00 - 16.00** Abschluss-Session

Ergebnispräsentation
Feedback

Die jeweiligen Thematiken der Sessions - rund um das Motto:

„Angekommen? Teilhaben jetzt!“ – werden im Rahmen der Sessionplanung von den Teilnehmenden festgelegt.

Moderation: Ina Daniel (Journalistin)

Veranstaltungsort: Haus der Vielfalt - Beuthstraße 21, 44147 Dortmund

Veranstalter: VMDO e.V. - Leuthardstraße 1-7, 44135 Dortmund - www.vmdo.de

samo.fa

Lokaler samo.fa-Partner
VMDO
Der Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Kooperationspartner:
DER PARITÄTISCHE DORTMUND

Ein Projekt von:
VERBUND DER SOZIAL-KULTURELLEN MIGRANTENVEREINE IN DORTMUND E.V.

Gefördert durch:
Die Bezirksregierung Westfalen-Lippe

Migrantenorganisationen in Deutschland vergrößern ihr Netzwerk

Bundesverband NeMO nimmt sechs weitere lokale Verbände auf

Der Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V. (BV NeMO) mit Sitz in Dortmund und Berlin, hat seit Samstag, 18. Mai 2019, in sechs weiteren deutschen Städten Mitglieder. Damit sind aktuell mehr als 700 migran-tische Organisationen in 20 Stä-dten und zehn Bundesländern unter dem Dach des 2015 gegründeten Bundesverbandes miteinander vernetzt. Ziel des BV NeMO ist es insbesondere, mehr politische und gesellschaftliche Teilhabe für Men-schen mit Migrationsgeschichte vor Ort zu erreichen und sich als bundesweite Stimme für ihre Be-lange stark zu machen. „Obwohl sie einen immer größeren Anteil der Bevölkerung ausmachen, sind in der Bundesrepublik die Perspek-tiven von Menschen mit Einwande-rungs- und Fluchtbiografie in Poli-tik, Kultur und Gesellschaft nicht ausreichend repräsentiert“, sagt BV NeMO-Vorstandsvorsitzender Ümit Koşan. „Deshalb freuen wir uns, dass sich in immer mehr Stä-dten Migrantenorganisationen zu Netzwerken zusammenschließen und gemeinsam herkunftsüber-greifend an einer neuen Art Stadt-gesellschaft arbeiten.“ Der 2015 gegründete herkunfts-übergreifende Bundesverband hat heute 20 Mitglieder. Diese wie-derum sind lokale Verbände aus Migrantenorganisationen, die sich in ihren Städten miteinander ver-netzt haben. Bei der diesjährigen Mitglieder-



Der Bundesverband NEMO wächst

Foto: Bundesverband NEMO

versammlung am 18. Mai 2019 in Berlin wurden sechs neue Verbände aufgenommen: *Das Bochumer Netzwerk von Migrantenorganisationen e.V. (BONEM)*, *der Verband für Kultur und Integration Mönchengladbach e.V. (VKI)*, *Migranten-Organisationen in Nürnberg e.V. (MOiN)*, *der Weltclub e.V. aus Dresden*, *Mittendrin! Bündnis Fuldaer Migrantenorganisationen*

für kulturelle Vielfalt und Teilhabe in Fulda e.V. und *Haus Afrika e.V. aus Saarbrücken.*

Weitere Mitgliedsverbände des BV NeMO sind in Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Dortmund, Düsseldorf, Neuss, Halle, Hannover, Hildesheim, Lübeck, München, Reutlingen und im Bundesland Brandenburg.

Der Bundesverband ist in 20 politischen Gremien vertreten und beteiligt sich auf bundespolitischer Ebene auch an der Gestaltung des Nationalen Aktionsplans Integri-ation.

Mehr Informationen zum Bundesverband unter www.bv-nemo.de

ECHO

Koordinations- und Vermittlungsstelle häusliche Betreuung für ältere türkische MigrantInnen und Ehrenamtliche

In der Dortmunder türkischen Community nimmt die Zahl der an Demenz erkrankten immer weiter zu. Daher wollen wir, die an Demenz erkrankten und die Angehörigen stärker unterstützen.

Schulung interessierter Personen
Hierzu sollen mit einer Koordinierungsstelle für Demenz für ältere Menschen mit Migrationshintergrund interessierte Personen geschult werden, die ehrenamtlich die Erkrankten und deren Familien bei der Lösung ihrer Probleme helfen sollen. Die Koordinationsstelle stellt dabei eine Brücke zwischen den ehrenamtlich Arbeitenden und den Erkrankten und deren Angehörigen dar.



Demans hastalarına ve Evde Bakıma Muhtaç Hastaları ve Ailelerini Destekleme Koordinasyon Merkezi

Demans –Evde Bakıma Muhtaç Hastaları ve Ailelerini Destekleme Koordinasyon Merkezi

Bakım konseptimizin hedef kitlesi
Demans hastası olan türk yaşlılar ve aileleri, evde bakım gören yaşlılar ve ailelerini kapsıyor. Demans hastası olanlar, öğrendikleri almancaıda unuttukları için, türkçe bilen ve onlara destek verecek olan Gönüllülerimizle size hizmet veriyoruz. Aileler evdeki yaşlı hastanın bakımından dolayı oldukça yıpranmaktadır. Onlar da bizim vereceğimiz hizmetle rahat edip, dinlenebileceklerdir. Verdiğimiz hizmetlerle iyi bir yaşam kalitesine hem hastalarımız hemde aileleri kavuşmuş olacaktırlar. Demans hastası olan veya bakıma muhtaç Türk yaşlılara, haftada iki defa ve düzenli bir yılı kapsayacak şekilde 2-3 saatlik ve hasta yakınlarını rahatlatıcak bir çalışma (sosyal nitelikli aktiviteler) ve hizmeti veriyoruz.

Kontakt/İletişim:
Dr. Gürsel Capanoglu
Tel. 0231-28678753, 0177-6058885
E-Mail: g.capanoglu@vmdo.de



Städtetag zu Besuch im Haus der Vielfalt



Besucher des Städtetages im Haus der Vielfalt...

Foto: J.Abolnikov

Vom 4. bis 6. Juni 2019 fand die 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund statt, an dem rund 1.300 Delegierte aus deutschen Kommunen teilgenommen haben. Die Veranstaltung fand unter dem Motto „Zusammenhalten in unseren Städten“ in den Messehallen statt sie gilt als wich-

tigste kommunalpolitische Veranstaltung Deutschlands, an der in diesem Jahr auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einer Rede teilnahm. Am 5.6.2019 wurden seitens der Stadt Dortmund für die Gäste Exkursionen zu verschiedenen Themen im Stadtgebiet organisiert,

u.a. auch eine Exkursion zum Thema „Eine Stadt. Viel Internationalität. 160 Nationen - Zusammenhalt in der Zivilgesellschaft“. Rund 60 Personen nahmen daran teil. Im Rahmen einer Bustour durch die Nordstadt, standen auch die Aktivitäten von zahlreichen Organisationen im Vordergrund. So wurden - begleitet von MIA-DO-KI - u.a. das „Dietrich-Keuning-Haus“ und das „Haus der Vielfalt“ als besondere Orte des zivilgesellschaftlichen Engagements besucht und den Gästen Informationen über die Rolle und die Arbeit dieser Einrichtungen vermittelt.



ECHO ...und on the road

Foto: J.Abolnikov

10.000 Euro für das Kinderschutz-Zentrum

Am 29. April überreichte Katharina Breiter als Vertreterin der Stiftung „Help and Hope“ an Martina Niemann, Leiterin des Kinderschutz-Zentrums Dortmund, einen Scheck in Höhe von €10.000.-

Diese Zuwendung ist für das Präventionsprojekt „Taffy – Ich kann brüllen wie ein Löwe“ gedacht, ein Projekt des Kinderschutz-Zentrums, das von der Stiftung schon seit vielen Jahren unterstützt wird. Der Löwe Taffy besucht je drei Mal die Vorschulkinder in vielen Dortmunder Kindertageseinrichtungen, um dort mit den Kindern spielerisch das Thema Präventi-

on von sexuellem Missbrauch zu bearbeiten: Gute und schlechte Gefühle, gute und schlechte Geheimnisse, Nein – Sagen, Hilfe holen – all das und vieles mehr soll Kinder für das Thema sensibilisieren und stärken. Zusätzlich findet vor den Veranstaltungen mit den Kindern ein Informationsabend für Eltern und ErzieherInnen statt. Durch die Spende von „Help and Hope“ kann der Eigenanteil der Kindertageseinrichtungen gering gehalten werden, damit möglichst viele Kinder von dem Angebot profitieren können. Im letzten Jahr waren das alleine 82 Vorschulkindergruppen.

Kinderschutz-Zentrum



Hilfe zur Hilfe

Foto: Kinderschutz-Zentrum

Samo.fa

Dialogkonferenz in Waltrop



Foto: Gesa Harbig

Herbert Grönemeyer hat einmal gesagt „Heimat ist kein Ort - Heimat ist ein Gefühl“. Ob Waltrop eine Heimat für die vielen neuzugewanderten geworden ist und ob sie wirklich angekommen sind, das war Thema der Dialogkonferenz im Rahmen des Projekts samo.fa.

Die Referentin und Moderatorin Frau Dr. Yusef zeigte in ihrem Input-Vortrag, welche Angebote in Waltrop seit 2015 durch die Stadtverwaltung und der Zivilgesellschaft aufgebaut worden sind. Natürlich gibt es auch noch viele Herausforderungen die für das Ankommen und das Aufeinander zugehen notwendig sind. Vieles läuft gut, aber an vielen Stellen muss noch gearbeitet werden. Zum Beispiel hat sich eine syrische Schülerin in die Runde gewagt und mitgeteilt, dass sie sich mehr

Nachhilfeunterricht wünscht, damit sie das Abitur gut besteht und Medizin studieren kann. Aber auch Forderung nach Mehrsprachigkeit und der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung waren große Themen.

Das Thema Ausländerrecht und Familienzusammenführung waren ebenfalls Punkte in der Diskussionsrunde. Hier wurde ganz schnell deutlich, es gibt Gesetze an denen kommt man nicht vorbei, aber man sollte trotzdem immer im Sinne der Menschen handeln. Am Ende der fast dreistündigen Veranstaltung war klar, um die Visionen einer offenen Gesellschaft für alle und mit allen (nicht nur für Waltrop) aufzubauen und zu gestalten, bedarf es vieler Akteure, viel Zeit und viel Zusammenhalt.

ECHO



Foto: Gesa Harbig

Einfache Arbeit als Chance?

Ein Gespräch mit Arbeitsforscher und Berater Uwe Jürgenhake

Dr. Uwe Jürgenhake ist Geschäftsführer der Soziale Innovation GmbH (SI) mit Sitz in Dortmund-Hörde. Die SI war am Projekt „Einfacharbeitsplätze pro Beschäftigung“ im westfälischen Ruhrgebiet beteiligt. Entgegen eines weit verbreiteten Vorurteils stirbt einfache Arbeit nicht aus. Sie wird - auch für Geflüchtete - als Einstieg zur Arbeitsintegration wiederentdeckt: auch von der Dortmunder Wirtschaftsförderung.

ECHO: Was habt Ihr bei Eurer Befragung von Betrieben über „einfache Arbeit“ herausgefunden?

Uwe Jürgenhake: Die Betriebe, die wir befragt haben, sind sicherlich eine Art Positivauswahl, denn es sind Betriebe, die nicht nur Einfacharbeitsplätze anbieten, sondern sich tatsächlich auch für die Leute und deren Potenzial interessieren.

Was ist überhaupt „einfache Arbeit“?

UJ: Es sind Tätigkeiten, für die es keinen berufsqualifizierenden Abschluss bedarf und auch keine sonstigen fachlichen Kompetenzen, die nicht in kurzer Zeit erworben werden können. Es gibt also keine hohen Eintrittshürden auf der fachlichen Seite.

Aber andere?

UJ: Die Betriebe haben das, was man vielleicht „Arbeitsethos“ nennen kann, sehr hoch bewertet, also Zuverlässigkeit, Sozialverhalten, Fähigkeiten, im Team zu arbeiten... Das sind wichtige Kriterien, die aber im Auswahlverfahren nicht gut zu prüfen sind.

Das heißt: wenn man jemanden gefunden hat, der oder die gut passt, dann möchte man ihn oder sie auch halten?

UJ: „Heuern und Feuern“ – das entspricht deshalb nicht der betrieblichen Realität.

Gilt das auch für die Logistikunternehmen, die ja im großen Umfang einfache Arbeit anbieten?

UJ: Im Prinzip, ja. Gleichzeitig stimmt auch, dass in einfacher Arbeit der Lohn nicht besonders hoch ist, aber die Arbeitsbelastungen zum Teil erheblich sind.

Gibt es denn in Betrieben Wege, aus der einfachen Arbeit herauszukommen?

UJ: Unser Eindruck ist, dass – wenn man erst einmal „drin“ ist – die Wege aus einfacher Arbeit heraus in bessere betriebliche Positionen durchaus offen sind. Das hängt aber sehr davon ab, ob



„Wichtiger als gedacht?!“

Einfacharbeitsplätze: Auslaufmodell oder Beschäftigungsperspektive

Ergebnisse des Projektes „Einfacharbeitsplätze pro Beschäftigung“ im Westfälischen Ruhrgebiet

vom Betrieb darauf Wert gelegt wird, dass die unteren Führungskräfte ein Auge auf die Potenziale „ihrer“ Leute haben. Wenn jemand z.B. flexibel einsetzbar ist, wird die Arbeit interessanter und die Arbeitsplatzsicherheit steigt. Auch ein Aufstieg in erste Koordinationsfunktionen ist möglich. Gute Betriebe nutzen auch arbeitsmarktpolitische Programme, um berufsbegleitend etwa den Abschluss zur Fachkraft für Lagerlogistik zu ermöglichen.

Dann müssten ja Menschen aus anderen Ländern, die schon berufliche Erfahrungen haben, deren Abschlüsse aber hier nicht anerkannt sind, besonders attraktiv für Betriebe sein?

UJ: Ja, das scheint uns der Fall zu sein.

Ist die Gefahr des Wegrationali-

sierens bei einfacher Arbeit besonders hoch?

UJ: Einfache Arbeit hält sich auf einem konstant hohen Niveau, bei 6,7 bis 10 Prozent. Ob die Digitalisierung einfache Arbeit im großen Umfang vernichten wird, ist unklar, u.a. auch deshalb, weil die Investitionskosten dafür sehr hoch sind. Das würde sich vermutlich nur lohnen, wenn die Aufträge über einen längeren Zeitraum sicher sind.

Einfache Arbeit lohnt sich also für die Betriebe?

UJ: Ja, sie lohnt sich. Vor allem bei Spitzenauslastungen ist einfache Arbeit „flexibler“ als technische Systeme.

In Eurer Studie, die 2015 veröffentlicht wurde, taucht das Wort „Migrant*in“ kein einziges Mal auf?

UJ: Nur indirekt, weil die Betriebe „deutsche Sprachkenntnisse“ relativ hoch bewerten. Aber auch damals gab es schon Bewerbungen aus dem europäischen Ausland. Der Arbeitsmarkt ist also nicht so regional, wie man immer denkt.

Der Eindruck ist, dass die Umschlaggeschwindigkeit bei der Besetzung von einfachen Arbeitsplätzen und damit das Angebot niedriger ist, als arbeitsmarktpolitisch behauptet wird.

UJ: Ja, aber das gilt nur für diejenigen Betriebe, die mit ihren Arbeitskräften sorgfältig umgehen. Daneben gibt es auch Betriebe, bei denen das Prinzip „Heuern und Feuern“ gilt.

„Gute“ einfache Arbeit ist also knapper als man denkt. Was würde es denn arbeitsmarktpolitisch bedeuten, die Chancen einfacher Arbeit für Arbeitsmarkteinsteiger zu nutzen, die Risiken problematischer einfacher Arbeit aber zu verringern?

UJ: Bisher konzentriert sich die Arbeitsmarktpolitik auf die Arbeitssuchenden. Es muss aber viel mehr als bisher darauf geachtet werden, Menschen mit diesen beruflichen Biografien gute Entwicklungsmöglichkeiten zu geben.

Das Gespräch führte Wilfried Kruse.

Am Projekt „Einfacharbeitsplätze pro Beschäftigung“ waren neben der Soziale Innovation die Sozialforschungsstelle Dortmund und die Wirtschaftsförderung Dortmund beteiligt. Die Ergebnisse finden sich in einer Broschüre „Wichtiger als gedacht?!“ Einfacharbeitsplätze: Auslaufmodell oder Beschäftigungsperspektive, die 2015 von der Soziale Innovation GmbH herausgegeben wurde. Vergl. hierzu auch die Homepage der Wirtschaftsförderung Dortmund unter:

<https://www.wirtschaftsfoerderung-dortmund.de/heimvorteil/neue-einfache-arbeit>

„Erlebe Vielfalt“



Janis Mc David mit Elaine Yousef (VMDO)

Foto: Amal Makhoul

Unter diesem Motto fand in diesem Jahr der 8. Diverse-City-Kongress im Dortmunder Rathaus statt. Nach einer Begrüßung durch den Dortmunder Bürgermeister Ulrich Sierau, Eva Schubert vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMA) und Matthias Weber vom „Völklinger Kreis“, Bundesverband schwuler Führungskräfte und Selbständiger, begann die Veranstaltung mit einem Impulsvortrag von Janis McDavid.

Dieser außergewöhnliche junge Mann blieb nicht hinter den Erwartungen zurück und verbreitete in seinem Vortrag eine motivierende Stimmung. Janis McDavid ist engagierter Experte im Deutschen Bundestag, UNICEF Mut-Macher sowie „YES, YOU CAN“ Botschafter. Im März 2016 erschien sein erstes Buch „Dein bestes Leben: Vom Mut, über sich hinauszuwachsen und Unmögliches möglich zu machen“.

Im Anschluss daran hatten die

Teilnehmer*innen die Möglichkeit, an vier unterschiedlichen Workshops teilzunehmen, z.B. einem Speed-Dating der Vielfalt oder sich zum Thema „Intersexualität“ zu informieren. Auf dem Markt der Möglichkeiten bieten verschiedenste Kooperationspartner*innen Infostände an. Diese reichen von der Stadt und Landesbibliothek, über den VMDO und AFRIDO, bis hin zur Aidshilfe.

Im Anschluss daran fand noch eine Podiumsdiskussion mit unterschiedlichen Akteur*innen statt, in der sich über Erfahrungen und Notwendigkeiten in Bezug auf Diversität ausgetauscht wurde. Moderiert wurde diese Veranstaltung von Christiane Poertgen.

Es bleibt festzuhalten, dass diese Veranstaltung zu Recht einen festen Platz in Dortmund gefunden hat und das Erleben einer solcher bereits Lust auf die Nächste macht.

ECHO

Stadtfest DORBUNT wieder voller Erfolg



DORBUNT! lockte in diesem Jahr 70.000 Besucher*innen. Zum vierten Mal verwandelte sich die City am zweiten Mai-Wochenende in eine riesige Freiluft-Veranstaltung. Auf vielen Bühnen, vom Stadtgarten über die Brückstraße bis zur Kampstraße, faszinierten

Musik, Lesungen, Comedy, Theater und Mitmach-Aktionen die Besucher*innen. Delegationen der Partnerstädte feierten den 40. Geburtstag der Städtepartnerschaft mit Buffalo und die Einweihung des Platzes von Trabzon.

ECHO

„Deine Zukunft – nach der Schule“

Dortmunder Unternehmen werben um Auszubildende im DKH

Es herrschte eine quirlige Atmosphäre im Dietrich-Keuning-Haus, über 40 Dortmunder Ausbildungsbetriebe präsentierten den zahlreichen Schülerinnen und Schülern ihre Berufsbilder, gaben praktische Einblicke und zeigten Perspektiven auf. Neben vielen kleinen und mittleren Unternehmen waren auch Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr und die Dortmunder Stadtverwaltung mit ihren Angeboten vertreten.

Die Ausbildungsmesse läuft schon seit mehreren Jahren und hat sich mit großem Erfolg mittlerweile fest im Dortmunder Norden etabliert. „In den Stadtteil mit den meisten Kindern und Jugendlichen gehört unbedingt auch eine Ausbildungsmesse“, sagt Levent Arslan, der Leiter des Keuning-Hauses.

Rund 1800 Jugendliche sind momentan in Dortmund auf der Su-

che nach einem Ausbildungsplatz. Die Agentur für Arbeit meldet dem gegenüber 2430 unbesetzte Ausbildungsstellen. Die Ausbildungsmesse „Deine ZUKUNFT



Foto: H.Schmidt

– Nach der Schule!“ im Dietrich-Keuning-Haus bringt die Akteure in der Nordstadt zusammen. Besonders das Handwerk sucht momentan händeringend nach

Auszubildenden und gibt sich viel Mühe gängige Klischees abzubauen. Auch die Pflegeberufe und Paketdienstleister leiden unter einem negativen Image. So war die Präsenz auf der Ausbildungsmesse eine gute Gelegenheit um gängige Vorurteile abzubauen. Viele der jungen Besucherinnen und Besucher informierten sich dann auch über Berufe, für die sie vorher wenig Interesse zeigten und waren nicht selten überrascht, welche Möglichkeiten z.B. das Bäckerhandwerk zu bieten hat. Die Ausbildungsmesse „Deine Zukunft - Nach der Schule!“ ist eine gemeinsame Veranstaltung von Dietrich-Keuning-Haus, KAUSA Servicestelle Dortmund (UBV e. V.), MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund, Jugendamt Dortmund und Jugendberufshilfe Dortmund.

ECHO

EINLADUNG ZUM ECHO-LESERTREFF

Alle interessierten Leser und Freunde des ECHO der Vielfalt sind zum Gespräch und Austausch herzlich willkommen



im Haus der Vielfalt
am Freitag, 5. Juli 2019 um 18:00 Uhr, Raum A3-4

Ein poetischer und musikalischer Abend mit Ausstellung im Waldstübchen.

Am Samstag den 29.06.2019 ab 17.00 Uhr führt Artur Aleksander Wojtczak durch einen poetischen und musikalischen Abend in Dortmund-Eving.

Es ist schon die siebte Veranstaltung dieser Art, aber erst die zweite in Eving. „Alles hat angefangen bei der Auslandsgesellschaft, die Idee kam von einer Freundin aus Kolumbien. Da keiner sich traute, musste ich die führende Rolle übernehmen“, sagt Wojtczak. Die folgenden Veranstaltungen fanden in Gut Königsmühle statt. Es fehlte an einem Kulturort hier in Dortmund. „Zu diesem Zeitpunkt lernte ich Heike und Uwe Wolf kennen, die das Gasthaus Waldstübchen führen und wir waren uns sofort darüber einig, dass wir auch in Eving ein bisschen Kultur wollen, denn da das Stadtviertel etwas vom Zentrum entfernt liegt, geriet es kulturell in Vergessenheit, ganz im Gegenteil zu der Nordstadt.“ Das Motto der Veranstaltung



Artur A. Wojtczak freut sich auf ihren Besuch

Foto: privat

gen ist: Fühlen statt Verstehen, was nicht heißen soll, dass man den Verstand ignoriert. Kurzum: eine*r liest ein Gedicht auf Polnisch oder Deutsch vor und eine*r singt ein Lied auf Spanisch

oder Englisch. Es geht im Grunde genommen um die verschiedenen Sprachen, Gesang und Musik, als auch um die künstlerische Arbeit aus allen Kulturen den man mit dem Inneren nachlauscht. Wer

es versteht, hat vielleicht das doppelte Glück! Auf den Veranstaltungen konnte man bis jetzt Künstler*innen aus Südamerika, aus Polen, Russland, Italien, Kamerun, aus der Türkei, und natürlich aus Deutschland kennenlernen. Bis jetzt wurden polnische und deutsche Künstler*innen ausgestellt. An diesem Abend im Juni präsentiert ein Künstler aus Syrien seine Arbeiten. Und sonst gibt es auch noch ein paar andere Überraschungen. Übrigens, Bewerbungen sind sehr willkommen. Ziel ist ein besseres Kennenlernen und Verstehen, vielleicht werden auch neue Freundschaften entstehen. Alle sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.

Adresse: Waldstübchen, Gartenverein Waldblick, Kemminghauerstr. 12, 44339 Dortmund

Artur Aleksander Wojtczak

Zwölfte Internationale Woche lockt viele Gäste

Vielfalt (er)leben, miteinander reden und lachen, gemeinsam essen, tanzen und Musik genießen – dafür steht die Internationale Woche 2019 in der Dortmunder Nordstadt, die bereits zum zwölften Mal stattfindet. Vom 29. Juni bis 07. Juli zeigen rund 35 Veranstaltungen die lebendige und kreative Vielfalt Dortmunds und bieten die hervorragende Möglichkeit, Menschen und Kulturen kennenzulernen und einander zu begegnen. In Dortmund finden Menschen aus 180 Nationen eine Heimat. Sie bereichern das Zusammenleben und prägen die Stadt. Diese kulturelle und religiöse Vielfalt hat Tradition und ist die Stärke der Stadt.



Vorstellung des Programms der Internationalen Woche im Rathaus

Foto: Stadt Dortmund

Den Beginn der Internationalen Woche markiert in diesem Jahr das seit zehn Jahren überregional bekannte und beliebte Afro-Ruhr-Festival im Dietrich-Keuning-Haus. Hier begegnet man der kulturellen Vielfalt dieses bunten Kontinents und der afrikanischen Diaspora. Das Jubiläumsprogramm besteht aus unterschiedlichen Konzerten, traditionellen Tänzen, Shows und diversen Aktionen für Jung und Alt.

Während der gesamten Woche erwartet die Gäste zum Beispiel Sportliches – wie ein internationales

Fußballturnier – oder das Fußballturnier der Religionen im Hoeschpark. Auch kulturell glänzt die Internationale Woche mit einigen Höhepunkten: Es findet eine spannende „Multi-KULTour“ mit dem Dortmunder Unikat Fritze Brinkhoffs statt, wo direkt und hautnah die Vielfalt der Dortmunder Nordstadt erlebt werden kann. Eine Besichtigungstour von Gotteshäusern am Borsigplatz zeigt, dass gelebte Glaubensvielfalt ein bedeutendes Merkmal der Dortmunder Nordstadt

ist. Außerdem können sich Kinder und Jugendliche auf verschiedene altersgerechte Veranstaltungen und musikalische Aktionen freuen. Bei den Sommerfesten am Stollenpark und im Kinder- und Jugendtreff „Kezz“ am Blücherpark können sich Kinder und Jugendliche auf der Hüpfburg oder beim Fußball austoben.

Am Abschlusswochenende der Internationalen Woche findet am 06. Juli das Münsterstraßenfest

statt. Auf dem Fest präsentieren sich Initiativen, Vereine und Organisationen, die ein buntes Programm mit ganz unterschiedlichen Darbietungen mitbringen. Außerdem können an den Essenständen entlang der Münsterstraße zahlreiche landestypische Spezialitäten probiert werden. Hierzu werden mehrere tausend Besucherinnen und Besucher erwartet.

Traditionell endet die Internationale Woche mit dem Familienfest im Hoeschpark am 07. Juli, vielen Mitmachaktionen und – selbstverständlich – internationalen Köstlichkeiten zur Stärkung. Wer möchte, ist herzlich eingeladen, beim Sponsorenlauf ein paar Runden mitzulaufen.

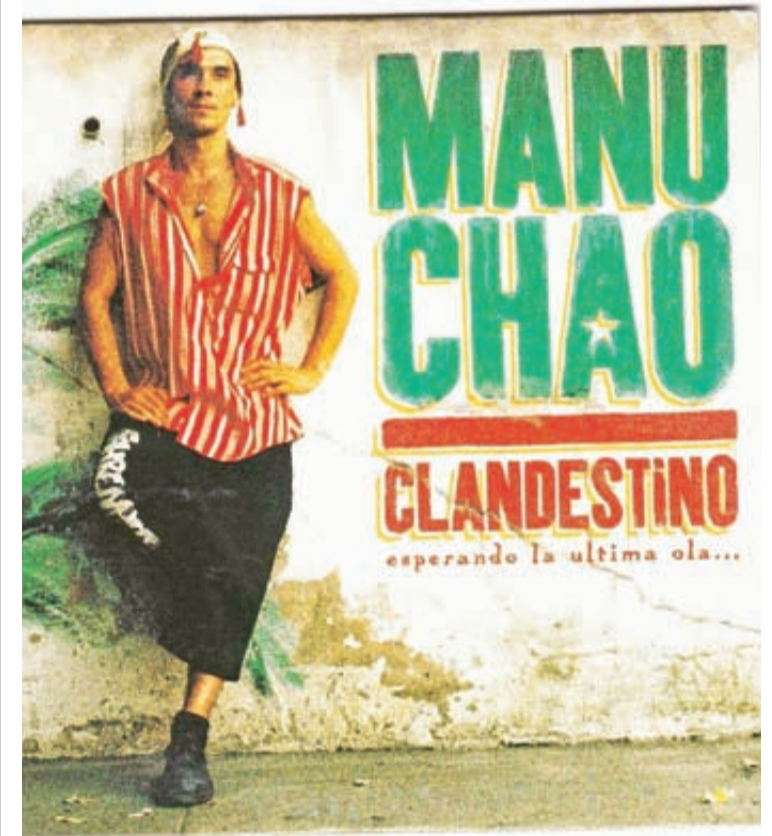
Die Internationale Woche ist ein gemeinsames Projekt des Integrationsrates, des MIA-DO - Kommunales Integrationszentrum Dortmund, der Dortmund-Agentur und vielen lokalen Partnern. Sie wird durch die Sparkasse Dortmund gefördert und von vielen anderen Kooperationspartnern unterstützt.

ECHO

Wieder gehört: Clandestino von Manu Chao

Die europäische Realpolitik zeigt ein hartes Gesicht gegenüber Tausenden individueller und kollektiver Fluchtgeschichten. Angekündigt werden tagtäglich mehr Abschiebungen, „freiwillige“ Rückkehrprogramme und Rücknahmemaßnahmen, Verteidigung der Außengrenzen der Union und Stärkung von Frontex zur Überwachung dieser Grenzen. Hinzu kommt die Verschiebung der Außengrenzkontrollen vor allem in afrikanische Länder, um die Fluchtbewegung in den Norden zu stoppen. Mächtige Interessen, Einsätze und Ressourcen zur offiziell so genannten „Fluchtursachenbekämpfung“

das nie ist (...) Aber das ist nicht die Wahrheit / Ich trage einen Schmerz in meinem Körper / Er lässt mich nicht atmen / Ich trage einen Fluch in meinem Körper / Der zwingt mich, immer zu laufen (...). Dramatisch ist es, dass diese Unsichtbarkeit nicht enden will. In den reichen Ländern des Nordens werden Menschen mit Fluchtgeschichte nicht (mehr?) gern gesehen und oftmals diskriminiert. Ohne Ausweis ist die Lage für sie noch schlimmer. Weil sie überleben müssen, landen sie oftmals in Arbeitswelten mit verschiedensten Formen moderner Sklaverei. Die ewigen Clandestinos und Clandestinas



gehen Hand in Hand mit einer klaren politischen Botschaft: Verhinderung der illegalen Migration. Soweit die „große Politik“. Und was ist mit den konkreten Biografien derjenigen, die jeden Tag ihre Länder verlassen, um hoffentlich im „europäischen Traum“ anzukommen? Der Mensch ohne Papiere, der Illegal oder Clandestino, wie der Musiker und globaler Aktivist Manu Chao sein legendäres Debütalbum als Solist von 1998 genannt hat. In einer sehr vielfältigen Form der Weltmusik thematisiert er soziopolitische Realitäten in Bezug auf die Migration, den globalen Süden, den Rassismus, die Solidarität und nicht zuletzt die Liebe. Der Untertitel des Albums „esperando la última ola...“ (auf die letzte Welle wartend) ist eine Anspielung auf die unvermeidliche menschliche Mobilität sowie auf die realen Wellen des Meeres - Hoffnung und Lebensgefahr zugleich.

leben in einer Art „Vorhölle“ von Unsicherheit und Besorgnis... der sogenannten „Illegalität“. Auf die Tragödien des Mittelmeers macht Manu Chao schon 1998 aufmerksam. Die Zeilen una raya en el mar (ein Strich im Meer) im Lied Clandestino stehen für die makabere Realität, die das Leben von Tausenden Menschen seit vielen Jahren gekostet hat. Es ist wie ein russisches Roulette: Die einen schaffen es, die anderen nicht. Im Endeffekt handelt es sich um eine gigantische zivilisatorische Niederlage, die viele noch nicht als solche verstanden haben. Von daher verlangt jede einzelne Odyssee der Flucht eine ehrliche und tiefe Haltung des Respekts. Für diejenigen, die es nicht schaffen und/oder ein tragisches Ende im Meer (oder auf dem Festland) finden, zeigt das Lied lágrimas de oro (goldene Tränen) würdige Trauer.

Andrés Otálvaro

Das Album hat über die Jahre an Gültigkeit überhaupt nichts verloren. Der Clandestino bewegt sich schnell, versteckt sich, macht sich unsichtbar, um sein Ziel zu erlangen. So heißt es im Lied El Desaparecido (der Verschwundene): Ich werde der Verschwundene von ihnen genannt / wenn er kommt, ist er schon weg / Ich komme fliegend und gehe fliegend / Schnell, schnell mit verlorenem Kurs / wenn sie mich suchen bin ich niemals da / wenn sie mich finden, ich bin nicht mehr da (...) ein Gespenst,

Andrés Otálvaro ist Regionalbegleiter West im Leitungsteam des Projekts samo.fa (Stärkung von Aktiven aus Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit)

Selbsthilfe präsentiert sich in der Dortmunder City



Der Selbsthilfetag 2019 war für Selbsthilfegruppen mal wieder ein Schritt „vor die Tür“.

Spontan und unverbindlich konnten Interessierte Menschen in einer lockeren Atmosphäre mit den unterschiedlichen Selbsthilfe-Akteure*innen über die Arbeit der Selbsthilfe ins Gespräch kommen oder sich einfach nur über Selbsthilfeaktivitäten informieren.

Die Selbsthilfelandchaft wurde so sichtbar gemacht und damit auch mögliche Berührungspunkte oder Vorbehalte abgebaut werden.

Foto: Selbsthilfe

facebook ECHO DER VIELFALT

FIDO 2019

Fußball & Integration in Dortmund

29. Juni bis 28. Juli



HOESCHPARKSPORTANLAGE
Am Borsigplatz
Kirchderner Straße 35-43
44145 Dortmund

Von der Kampstraße Linie U44 Richtung
Westfalenhütte,
Haltestelle Borsigplatz

AM 29 JUNI UM 13:00 UHR ERÖHNUNGSFEIER

Kontakt:
Amadou Diallo
0157. 878 577 89
www.agasca.com



HOESCHPARKSPORTANLAGE | Am Borsigplatz | Kirchderner Straße 35-43 | 44145 Dortmund
Von der Kampstraße Linie U44 Richtung Westfalenhü | Haltestelle Borsigplatz

Vorrunde | Samstag 29. Juni 2019

Nr.	Uhrzeit	Spiele	Stadion	Nr.	Uhrzeit	Spiele	Stadion
1	14:00-16:00	Kamerun : ARASGUI	2	3	14:00-16:00	UFC Köln : Gambia	1
2	16:00-18:00	Somalia : VEKA Dortmund	1	4	16:00-18:00	Marokko : Guinea	2

Vorrunde | Samstag 06. Juli 2019

Nr.	Uhrzeit	Spiele	Stadion	Nr.	Uhrzeit	Spiele	Stadion
5	14:00-16:00	ARASGUI : Somalia	2	7	14:00-16:00	UFC Köln : Marokko	1
6	16:00-18:00	Kamerun : VEKA Dortmund	1	8	16:00-18:00	Gambia : Guinea	2

Vorrunde | Sonntag 14. Juli 2019

Nr.	Uhrzeit	Spiele	Stadion	Nr.	Uhrzeit	Spiele	Stadion
9	14:00-16:00	ARASGUI : VEKA	1	11	14:00-16:00	UFC Köln : Guinea	2
10	16:00-18:00	Kamerun : Somalia	2	12	16:00-18:00	Gambia : Marokko	1

Halbfinale | Sonntag 21. Juli 2019

Nr.	Uhrzeit	Spiele	Stadion
13	14:00-16:00	1. Gruppe A : 2. Gruppe B	1
14	16:00-18:00	2. Gruppe A : 1. Gruppe B	1

Dritter Platz | FINALE | Sonntag 28. Juli 2019

Nr.	Uhrzeit	Spiele	Stadion
15	14:00-16:00	Dritter Platz	1
16	16:00-18:00	FINALE	1

Stadion 1 Kunstrasen | Stadion 2 Naturrasen

19:00 Uhr Preisverleihung & Abschlussfeier

Workshopreihe für Frauen



FrauenWelten

Miteinander

Füreinander

Gemeinsames

entdecken



Ehrenamtliche
und geflüchtete Frauen
sind herzlich eingeladen.

Im Haus der Vielfalt

Beuthstr.21 | 44147 Dortmund



Immer von
10:00 Uhr
bis 14:00 Uhr



Termine
11.Juni 2019
18.Juni 2019
25.Juni 2019
02.Juli 2019



Projektleiterinnen
Elaine Yousef & Ina Daniel
Kontakt: e.yousef@vmdo.de
Mobil: 0160 935 401 08